Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr 176; der Abonnements-Abteilung Nr 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Inseratenannahme vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle Markt 24.

Nr. 133. Halle, Freitag, den 20. März 1914.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

53 Sitzung vom 19. März.

Am Ministertisch: von Breitenbach.

Präsident **Graf von Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Zum Mitgliede der Staatsschuldenkommission wird auf Antrag des Abg. Frhr. v. Zedlitz (Freikons.) der Abg. Aronsohn (Vp.) wiedergewählt.

Der Eisenbahn-Etat.

4. Tag.

Die Besprechung wird bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt.

Der Berichterstatter Abg. **Macco** (Natl.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Als weitere Rate für die Umgestaltung der Bahnanlagen in Flensburg werden 400 000 Mk. verlangt. 1 300 000 wurden 1913 gefordert, das ganze Projekt soll 15 086 000 kosten.

Abg. Wittrock-Flensburg (Vp.):

Der Bau der Bahnhofsanlagen in Flensburg zieht sich noch immer hin und die jetzt eingestellte Summe läßt auch nicht darauf schließen, daß man den Bau mit größerer Eile vornehmen will. Der Bau ist aber im Interesse des Verkehrs eine absolute Notwendigkeit. Die Anlagen für Güter- und Personenverkehr sind durchaus unzureichend. Die Verkehrsschwierigkeiten machen sich von Jahr zu Jahr mehr fühlbar. Flensburg hat sich in den letzten Jahrzehnten stark entwickelt. Für die Abfertigung von etwa hundert Zügen täglich stehen nur zwei Gleise zur Verfügung. Das gesamte geschäftliche Leben Flensburgs, in erster Linie die Bautätigkeit, leidet unter der Unsicherheit, wann, wo und wie der Bahnhof gebaut wird.

Ein **Regierungsvertreter**: Die Pläne sind zur landespolizeilichen Prüfung der Eisenbahndirektion übergeben. Wir werden den Bau tunlichst beschleunigen. Mit dem Beginn der Arbeit auf der nordschleswigschen Seite ist für die nächsten Wochen, mit dem Beginn der Arbeit in Flensburg im Sommer zu rechnen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Erweiterung des Rangierbahnhofs in Tempelhof" macht

Abg. Liepmann-Teltow (Natl.)

Bedenken gegen dieses Projekt geltend. Ueber 100 Proteste sind dagegen eingelaufen, man befürchtet eine Belästigung durch Lärm, Rauch und Ruß für die ganze Gegend. Die beruhigenden Erklärungen des Ministeriums haben die Befürchtungen der Bevölkerung nicht zerstreut. Namentlich der Grundbesitzerstand fühlt sich geschädigt. Man sollte daher einen Rangierbahnhof in so großem Stile weiter hinauslegen, über die Peripherie von Groß-Berlin hinaus, vielleicht nach Marienfelde.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz:

Es sind zum Eisenbahnetat noch 26 Redner gemeldet. Ich möchte deshalb die Herren bitten, sich möglichst kurz zu fassen, sich nur auf Schilderung der örtlichen Verhältnisse zu beschränken und alle grundsätzlichen Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Abg. Traub-Dortmund (Vp.)

schließt sich dem Abg. Dr. Siegmann an, namentlich die Bewohner von Südende fühlten sich beunruhigt. Die betriebstechnische Notwendigkeit dieser Maßnahme wird vielfach bezweifelt. Ich bitte die Regierung, die Pläne nochmals einer Prüfung zu unterziehen, damit der villenartige Charakter der Vororte Südende, Lankwitz und Mariendorf gewahrt bleibt.

Ministerialdirektor Dorner:

Von einer Neuanlage des Bahnhofes ist nicht die Rede, sondern um eine Ausgestaltung. Formell ist dieser Verschiebebahnhof bereits genehmigt. Durch die Ausführung des Projektes entsteht weniger Lärm und auch eine geringere Rauchbelästigung als bisher.

Bei den Forderungen für den Direktionsbezirk Breslau wünscht

Abg. Wenke (Vp.)

die Schaffung eines Fußgängertunnels zwischen dem Empfangsgebäude des Bahnhofes Hirschberg und der nördlich gelegenen Balkenhauer Straße sowie Schaffung besserer Zustände auf der dortigen fiskalischen Bahnhofszufuhrstraße.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (Freikons.):

Eine Entlastung des Breslauer Hauptbahnhofes Breslau durch Schaffung von Haltestellen in der Stadt ist dringend geboten. Wie weit sind die Verhandlungen über den Umbau des Bahnhofes Breslau-Odertor?

Abg. Haase (Vp.)

wünscht Verbesserung der Verhältnisse auf dem Bahnhof zu Görlitz.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wünscht

Abg. Marx (Zentr.)

eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf den Bahnhöfen von Anrath bei Crefeld und Engelskirchen an der Angertalbahn.

Abg. Heinz (Hosp. d. Kons.)

wünscht Verbesserung der Bahnhofsanlagen in Wilhelmshöhe.

Abg. v. Conrad-Fronza (Freik.)

klagt über die Verhältnisse des Bahnhofs in Graudenz.

Abg. Eickhoff (Vp.)

spricht den Wunsch aus, daß der zweite Ausgang am Bahnhof zu Remscheid so schnell wie möglich gebaut werde, der Notausgang genüge nicht.

Abg. Dr. Cremer (Natl.)

bedauert es, daß die Bahnhofsanlagen in Hagen zu lang ausgedehnt seien. Da es in Hagen sieben Monate im Jahre regnet (Heiterkeit), ist das Publikum auf den langen Bahnanlagen viel zu sehr der Unbill der Witterung ausgesetzt. In Gevelsberg ist ein neuer Bahnhof dringend nötig, ich bitte den Minister, auch dieser Frage näherzutreten.

Abg. Wendlandt (Natl.)

vermißt bei der Eisenbahndirektion Erfurt Nachweisungen über den wiederholt geforderten Umbau des Personen- und Güterbahnhofs in Schmalkalden, für den ein Plan vorliegen soll; ferner über den Umbau des Güterbahnhofs Barchfeld. Die Petition der Gemeinde Springstille wegen einer Haltestelle verdiene Berücksichtigung.

Abg. Dr. Cremer (Natl.)

weist darauf hin, daß die Bahnhofsverhältnisse in Mengede durchaus unzureichend seien, dies gelte besonders von den Bahnsteigen.

Abg. Wolff-Biebrich (Natl.)

wünscht auf dem Bahnhof Sindlingen-Zeilsheim eine Unterführung, damit das reisende Publikum, wenn es nach Wiesbaden fahren will, nicht die Gleise zu überschreiten braucht.

Abg. Wohlfahrt (Natl.)

verlangt eine Ueberdachung des Bahnsteiges in Eschersheim.

Abg. Oeser (Vpt.):

Der Etat enthält verschiedene Forderungen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Frankfurt a. M. Daß der große neue Bahnhof dort schon jetzt den Bedürfnissen nicht mehr entspricht, hätte man vor ein paar Jahren noch nicht gedacht. Notwendig erscheint jedoch eine schnellere und bessere Verbindung mit dem Taunus. Denn die Züge, die dorthin gehen, eilen mit der rasenden Geschwindigkeit von 20 Kilometern in der Stunde. Reisende, die nach Königstein wollen, benutzen gar nicht die Bahn dorthin, sondern fahren nach Cronberg und gegen von dort zu Fuß bis nach Königstein. Die Osthafenbahn hat die Stadt Frankfurt selbst gebaut, hat jedoch gedacht, daß die Staatsbahn ihr dabei entgegenkommen werde. Dies ist aber leider nicht geschehen, im Gegenteil, die Staatsbahn nimmt für jeden Waggon eine Ueberführungsgebühr von 50 Pf. Da die hessische und badische Bahn Mainz und Mannheim gegenüber viel entgegenkommender ist, ist Frankfurt sehr benachteiligt, hat es doch zum Dank dafür, daß es die Bahn gebaut hat, geradezu eine Strafe zu zahlen. Zu bedauern ist es auch, daß die Stadt Frankfurt von allen Seehafentarifen ausgeschlossen ist. Infolgedessen herrscht in Frankfurt ein tiefer Groll gegen die preußische Eisenbahnverwaltung. Bei den billigen Tarifen für Porzellan hat Frankfurt in Bayern Entgegenkommen gefunden, bei der eigenen preußischen Bahn aber nicht.

Vizepräsident Dr. von Krause:

Aber das geht doch zu weit, Sie können jetzt nicht auf die Tarifpolitik eingehen.

Abg. Oeser:

Ich möchte deshalb dringend darum bitten, Frankfurt in Zukunft etwas besser zu behandeln.

Minister v. Breitenbach:

Der Abg. Oeser hat sich darüber beklagt, daß die Eisenbahnverwaltung den gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen der Stadt Frankfurt a. M. nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zuteil werden lasse. Namentlich hat er sich beklagt über die Ueberführungsgebühr am Osthafen. Wir haben noch im Vorjahre den neuen Ostbahnhof in Betrieb genommen, der tatsächlich für Frankfurt a. M. ein zweiter Hauptbahnhof ist. Auf die Tarifpolitik kann ich nach dem Wunsche des Präsidenten jetzt nicht eingehen, trotzdem ich vollständig präpariert bin. Aber ich verwahre mich gegen die Ausführungen des Abg. Oeser und bedaure, daß er nicht bei der Debatte über die wirtschaftlichen Verhältnisse auf diese Frage eingegangen ist. Ich glaube versichern zu können, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Frankfurts, so weit sie mit der Eisenbahn zusammenhängen, von der Eisenbahnverwaltung stets berücksichtigt worden sind, hoffe, bei Gelegenheit auf die gesamten Fragen näher eingehen und dabei den Nachweis führen zu können, daß die Klagen des Abg. Oeser in diesem Umfange nicht berechtigt sind

Abg. Thurm (Vp.):

Die Stadt Forst ist das Stiefkind der Verwaltung, alle Wünsche des Magistrats, der Bezirks- und Bürgervereine sind nicht berücksichtigt worden.

Abg. Dr. Arendt (Freikons.):

Der Bahnhof in Eisleben ist dringend verbesserungsbedürftig, namentlich fehlt es an einer Ueberdachung, so daß die Bevölkerung der alten Lutherstadt stets den Unbilden der Witterung ausgesetzt ist. Die Verstaatlichung der Halleschen Hafenbahn und der Strecke Halle—Hettstedt darf nicht zu lange hinausgeschoben werden, da dadurch nur die Kosten größer werden.

Abg. Dr. Irmer (Kons.):

Bei dem im Etat vorgesehenen Umbau des Bahnhofs in Dessau muß darauf Rücksicht genommen werden, daß später ein großer Um- und Erweiterungsbau möglich ist; sonst ist das Geld, was jetzt verbaut wird, weggeworfen.

Abg. Dr. Band (Kons.):

Die Strecke Halle—Berlin muß ausgebaut werden. Namentlich ist die Beseitigung von Niveauübergängen geboten.

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Der Bahnhof Nordstemmen muß entlastet werden. Im Interesse des Durchgangsverkehrs sollte man jetzt den Umbau des Bahnhofs Horsum nicht zu gering bemessen. Beim Neubau des Bahnhofs in Braunschweig muß auf den Durchgangsverkehr von Berlin nach dem Westen Rücksicht genommen werden, da hierdurch eine Entlastung der Linie Berlin—Hannover möglich wäre.

Abg. Graf Praschma (Zentr.)

wünscht Verbesserungen im Personen- und Güterverkehr in Oberschlesien.

Abg. Peter (Zentr.):

Die Einsetzung von 2 800 000 Mark für den Umbau des Personenbahnhofes in Gleiwitz begrüße ich. Hierbei muß auch auf die zu bauende Linie Gleiwitz—Tarnowitz Rücksicht genommen werden, die auch im militärischen Interesse dringend geboten erscheint.

Abg. v. Wenden (Kons.)

Der Ausbau der Bahnanlage Kolberg ist dringend geboten. Vor allem aber muß die Hafenbahn ausgestaltet werden.

Hiermit schließt die Besprechung.

Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben werden bewilligt.

Damit ist die zweite Beratung des Eisenbahn-Etats beendet.

Es folgt die erste Beratung des

Grundteilungsgesetzes.

In Verbindung damit stehen folgende Anträge:

Ein Antrag Engelbrecht und Genossen (freikons.) ersucht die Regierung, im Interesse der Erhaltung unseres Bauernstandes Erhebungen darüber zu veranstalten, in welchem Umfange in den letzten 10 Jahren bäuerlicher Grundbesitz in größerem Maße zusammengekauft oder bestehendem Großgrundbesitz angelegt worden ist.

Ein Antrag Beisly (Natl.) ersucht im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes um eine tunlichst schleunige Zusammenstellung der Verschiebungen, die sich in den letzten Jahrzehnten, mindestens aber seit der Gewerbezählung vom Jahre 1895 in der Zusammensetzung des ländlichen Grundbesitzes und der ländlichen Wirtschaftsbetriebe, sowie in der Zahl und der Zusammensetzung der Bevölkerung ergeben haben.

Ein Antrag Ecker-Winsen (Natl. und Gen.) ersucht um Zustimmung zu einem Gesetzentwurf betreffend Ansiedlung von Landarbeitern und Schaffung von Almenden in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover. Dazu soll der Staatsregierung ein Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, um Darlehen zum Erwerbe und zur Errichtung von Landarbeiterstellen zu gewähren. Das Staatsdarlehen soll $^{9}/_{10}$ des Stellenwertes betragen.

Ein weiterer Antrag Ecker-Winsen (Natl.) und Gen. wünscht Zustimmung zu einem Entwurf, betreffend Schaffung von kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben. Auch hier soll der Staatsregierung ein Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden zur Gewährung von Staatsdarlehen.

Ein dritter Antrag Ecker-Winsen (Natl.) und Gen. legt einen Entwurf vor, betreffend Förderung der inneren Kolonisation durch provinzielle Ansiedelungsgesellschaften in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover. Der Regierung wird ein Fonds von 100 Millionen zur Verfügung gestellt, um Staatsdarlehen für ländliche Betriebe zu gewähren, die von provinziellen Ansiedelungsgesellschaften zum Zwecke der inneren Kolonisation errichtet werden. Das Staatsdarlehen beträgt bis neun Zehntel des Stellenwertes. Uebersteigt der Stellenwert 10 000 Mark, so beträgt das Staatsdarlehen bis sieben Achtel.

Ein Antrag Aronsohn (Vp.) und Gen. legt einen Entwurf vor, betreffend Förderung der inneren Kolonisation im Königreich Preußen, durch den der Regierung ein Fonds von 300 Millionen Mark zur Gewährung von Staatsdarlehen für ländliche Betriebe zur Verfügung gestellt werden.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Als ich im Vorjahre das Gesetz über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation hier zu vertreten hatte, habe ich schon die Ziele und Grenzen der inneren Kolonisation festzulegen gesucht. Ich habe insbesondere darauf hingewiesen, daß der Zweck der inneren Kolonisation nicht die Aufteilung des Großgrundbesitzes als solchem sein könne, sondern daß es sich immer nur darum handeln müsse, das richtige Verhältnis zwischen größerem, mittlerem und kleinerem Besitz herbeizuführen. Dieses Verhältnis zu erhalten und da, wo es nicht vorhanden ist, seine Herbeiführung nach Möglichkeit zu fördern und zu erleichtern, bezweckt der Entwurf des Grundteilungsgesetzes, der jetzt Ihrer Beratung und Beschlußfassung unterworfen wird. Die in diesem Entwurf vorgesehenen Maßnahmen fallen völlig in den Dienst der inneren Kolonisation. Sie sind dazu bestimmt, die Ansetzung von Bauern und ländlichen Arbeitern zu erleichtern und dies insbesondere dort, wo es sich nicht allein um die Urbarmachung und Besiedelung von Mooren handelt, sondern wo insbesondere auch die Aufteilung größerer Güter für die Zwecke der inneren Kolonisation in Betracht kommt.

Das Bestreben, die innere Kolonisation zu fördern, hat ihren Ausgangspunkt genommen von der leider feststehenden Tatsache der zunehmenden Entvölkerung des platten Landes, besonders im Osten der Monarchie. Diese Entvölkerung des platten Landes findet weniger ihre Ursache im Bauernlegen, noch weniger ist sie auf das Konto des Großgrundbesitzes zu schreiben, sondern sie ist in erster Linie durch die Industrialisierung eines großen Teiles unserer früher ländlichen Distrikte herbeigeführt worden, durch den Zug vom Osten nach dem Westen infolge der besseren Arbeitsgelegenheit, die sich dort bietet. Sie, meine Herren und ebensowenig die Regierung können diese besseren Arbeitsbedingungen des Westens unterbinden, aber um so mehr betrachte ich es als Aufgabe der Regierung, mit allen anderen ihr sonst zu Gebote stehenden Mitteln die Erhaltung und weitere Ansetzung von Bauern und Arbeitern zu fördern, besonders dort, wo gleichzeitig wichtige und schwerwiegende nationale Interessen in Frage kommen. Dieses Ziel wollen wir mit der inneren Kolonisation erreichen.

Seit 1886 ist die Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen, seit längeren Jahren sind verschiedene provinzielle gemeinnützige und vom Staate unterstützte Siedlungsgesellschaften im Verein mit zahlreichen Kleinsiedlungsgenossenschaften und teilweise auch kommunale Verbände für die Ansetzung von ländlichen Arbeitern tätig. Dieser Tätigkeit ist ein Erfolg nicht abzusprechen, aber je länger diese Gesellschaften arbeiten, je weiter sie ihre Tätigkeit entfalten, um so mehr müssen sie davon überzeugen, daß die Schwierigkeiten ihrer Arbeit nicht allein und nicht in erster Linie in der Beschaffung des nötigen Geldbedarfs zu finden sind. Nein, es sind andere und teilweise viel schwierigere Hindernisse, welche sich dem erfolgreichen Wirken der Kolonisationsgesellschaften entgegenstellen. Diese Hindernisse wenigstens teilweise zu verringern und zu beseitigen, ist die Absicht des vorliegenden Gesetzes. In seinem ersten Abschnitt wendet es sich gegen den gewerbsmäßigen Güterhandel, indem er jede Zerschlagung einer land- und forstwirtschaftlichen Besitzung von der Genehmigung der Behörde abhängig macht, soweit sie von einem gewerbsmäßigen Güterhändler oder Grundstücksmakler vorgenommen wird. Sie haben wohl ebenso wie die öffentliche Meinung an dieser Vorschrift beim ersten Anblick vielfach Anstoß genommen in dem Gedanken, daß durch diese Maßnahme nicht allein der unreelle Güterhandel, sondern auch der reelle Güterhandel unterbunden wird. (Sehr richtig! links.)

Aber die nähere Prüfung der Bestimmungen des Entwurfs läßt wohl zweifellos die Absicht des Gesetzgebers erkennen, den reellen Güterhandel nach Möglichkeit unberührt zu lassen und nur den Güterhandel zu treffen, der sich mit der unwirtschaftlichen Zerschlagung von Grundbesitz befaßt. Diese Absicht geht zunächst hervor aus der Bestimmung, daß die Vorschriften der behördlichen Genehmigung nur auf land- und forstwirtschaftliche Besitzungen beschränkt werden, also städtischer Grundbesitz und Häuserbesitz nicht in Frage kommen. Ferner unterliegen nur die Fälle der Zerschlagung der behördlichen Genehmigung, nicht aber die Fälle des Verkaufs einer Besitzung im Ganzen. Ein Güterhändler und Gütermakler, der ein Besitztum von einer Hand in die andere bringt, ohne es als solches zu zerschlagen, hat eine behördliche Genehmigung nicht notwendig und kann durch die Behörde in keiner

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140320011/fragment/page=0001

Tätigkeit und seinem Geschäfte an sich nicht gehindert werden. Außerdem bestimmt das Gesetz, daß auch solche Zerschlagungen einer behördlichen Genehmigung nicht bedürfen, welche durch Vermittlung der Auseinandersetzungsbehörden vorgenommen werden, und das sind wenigstens im Osten und teilweise wohl auch im Westen die meisten, zum mindesten alle die Zerschlagungen, bei denen es in erster Linie auf eine wirtschaftliche Hebung der Kolonisten ankommt.

Es bleiben demnach für die Genehmigung nur bestimmte Fälle übrig, und hierbei ist besonders zu beachten, daß in diesen Fällen eine Genehmigung nur dann versagt werden kann, wenn die Zerschlagung mit einer den gemeinwirtschaftlichen Interessen entsprechenden Grundbesitzverteilung, insbesondere auch mit den Zielen der staatlich geförderten inneren Kolonisation nicht vereinbar ist. Der Gesetzentwurf soll sich also in erster Linie gegen den Grundstücksmacher wenden, gegen die sogenannten Grundstücksspekulanten, gegen die Konkurrenz, welche den staatlichen und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften durch einen derartigen Güterhandel bereitet wird, und vor allem auch gegen die Ansetzung von Kolonisten, welche mit Rücksicht auf die ihnen auferlegten Lasten als existenzfähig für die Zukunft nicht bezeichnet werden können. Es ist nun klar, daß diese zunächst in Aussicht genommenen Folgen des Vorschlages des Gesetzes zur Verhinderung einer unwirtschaftlichen Zerschlagung auch noch andere Begleiterscheinungen nach sich ziehen wird. Das Erfordernis der behördlichen Genehmigung wird dazu beitragen, daß der Grundstückshandel als solcher und damit auch die sonstigen zahllosen Grundstückshändler und Grundstücksvermittler verringert werden, daß die teilweise ungerechtfertigt gesteigerten Grundstückspreise des Grundstückshandels auf ein gesundes Maß zurückgeführt werden, daß der weiteren Mobilisierung des Grundbesitzes, die besonders im Osten teilweise erschreckende Dimensionen angenommen hat, vorgebeugt wird, und daß endlich im Westen der Monarchie — und darauf lege ich unter Berücksichtigung der dortigen Verhältnisse das größte Gewicht — die Erhaltung unseres bäuerlichen Besitzes in derselben Hand mehr als bisher gesichert wird.

In Zusammenhang mit den Bestimmungen über die Genehmigung einer Zerschlagung setze ich die Vorschriften über das Rücktrittsrecht. Auch das Rücktrittsrecht im Sinne des Gesetzentwurfes ist etwas Neues und zweifellos eine Maßnahme, die auf den ersten Anblick hin nicht sympathisch berührt. Aber zur Begründung dieses Vorschlages darf ich wohl hinweisen auf die gleiche Bestimmung des bayerischen Gütergertrümmerungsgesetzes, auf die kurze Frist, welche für die Ausübung des Rücktrittrechts vorhanden ist und auf die Tatsache, daß nach den bisherigen Erfahrungen es sehr häufig der Fall war, daß Besitzer, infolge von Ueberredung oder augenblicklich schwierigen finanziellen Verhältnissen sich zu einer unüberlegten Hergabe und Preisgabe ihres Besitztums haben bereden lassen und daß sich Ansiedler zweifellos manchmal nicht zur Uebernahme ihrer Stelle hätten bewegen lassen, wenn ihnen Zeit zur Ueberlegung verlassen worden wäre. Nach den mir zugegangenen Berichten hat man in Bayern mit dem Rücktrittsrecht keine ungünstigen Erfahrungen gemacht. Das Gesetz ist dort seit 1910 in Kraft, und es ist in diesem Jahre bereits 64mal von dem Rücktrittsrecht Gebrauch gemacht worden.

Wenn die Behörden im großen und ganzen mit dem Rücktrittsrecht zufrieden sind, so führen wir diesen Erfolg darauf zurück, daß die Zahl der gewerbsmäßigen und eingetragenen Güterhändler von 1929 im Jahre 1910 auf 550 im Jahre 1912 zurückgegangen sind. Die Zahl der gewerbsmäßig zertrümmerten Anwesen war im Jahre 1912 nur noch 18,1 Proz., die durch Güterhändler zertrümmerte Fläche nur noch 12,9 Prozent des Standes vom Jahre 1908/09, wo das Gütergertrümmerungsgesetz noch nicht in Kraft war. Das sind Zahlen und Ergebnisse, die dazu anregen müßten, auch für die preußische Monarchie ein Rücktrittsrecht in sorgfame Erwägung zu ziehen. Die Bestimmungen des Gesetzentwurfes und seines ersten Abschnittes haben lediglich die Beschränkung unwirtschaftlicher Teilung im Auge Seiner Bestimmung nach soll aber der Gesetzentwurf auch die wirtschaftliche Teilung befördern und erstrebt das in erster Linie durch die Einführung eines Vorkaufsrechtes, das inzwischen ja in der Presse von den verschiedenen Seiten beleuchtet worden ist.

Ich habe gewiß auch meine berechtigten Bedenken gegen die Weise, wie der Gesetzentwurf es will, in privatrechtliche Verhältnisse eingreifen (Sehr richtig!), und ich habe volles Verständnis dafür, daß der in seiner Art neue Vorschlag vielfach auf Widerspruch gestoßen ist. Aber er erscheint milder, wenn Sie bedenken, daß er einmal dazu bestimmt ist, die von allen Seiten als notwendig erkannte Ansiedlung von Bauern und Arbeitern zu ermöglichen, daß das Vorkaufsrecht den bodenständigen, vom Vater zum Sohne sich forterbenden Grundbesitz völlig unberührt läßt und damit auch der Absicht der Staatsregierung entspricht, daß die Erhaltung des bodenständigen Besitzes wirtschaftlich wie politisch als Notwendigkeit anzusehen ist. Das Vorkaufsrecht wendet sich allein gegen die sogenannten „walzenden Güter", die auf dem Marite liegen, ihre Besitzer wechseln und weder vom Standpunkt der Landwirtschaft, noch vom politischen Standpunkt ein besonderes Interesse bieten. Wenn Sie bedenken, daß nach der Denkschrift der Ansiedlungskommission allein 1913 in den Provinzen Posen und Westpreußen noch 142 000 Hektar zum Verkauf angeboten waren, darunter mehr als 50 000 Hektar ernstlichen Angebotes, wenn Sie ferner erwägen, daß auch die übrigen preußischen Ansiedlungsgesellschaften über Güterangebot nicht zu klagen haben, dann liegt es auf der Hand, daß solche Güter noch auf Jahre hinaus reichlich Land zur Verfügung stellen, und daß es nur darauf ankommt, es rechtzeitig für die Zwecke der inneren Kolonisation zu sichern.

Gegen diese Bestimmung wird der Verkäufer sicher keinen Einspruch erheben, und der Käufer weiß Bescheid. Die Bestimmung soll vor allem dazu dienen, den Grundstückshandel zurückzudämmen und auf die Ermäßigung der Grundstückspreise einzuwirken. Das Vorverkaufsrecht ist bereits seit 1910 in Bayern eingeführt und von hervorragenden Nationalökonomen, die den Konservativen nahestehen, empfohlen worden. In Bayern ist es in gizka fünfzig Fällen zur Anwendung gekommen, aber es war den Kommunen und ländlichen Darlehnskassenvereinen überlassen worden, die nicht finanzstark so in der Lage sind, wie unsere gemeinnützigen Ansiedlungsgesellschaften größere Flächen zu erwerben. Die Regierung hat, das betone ich besonders, nicht die Absicht, das Vorkaufsrecht selbst auszuüben, sondern es will das Recht den staatlich begründeten und staatlich unterstützten Siedlungsgesellschaften überlassen. Ich will mich nicht in diesem Augenblick mit der Erleichterung der Rentengutsbildung befassen, ich warte vielmehr, bis die Anträge, die zur inneren Kolonisation gestellt worden sind, begründet wurden. Ich darf aber wohl erwarten, daß der Gesetzentwurf der so weitgehende und so schwerwiegende Vorschriften enthält, in einer Kommission von Ihnen beraten wird, und daß diese Kommission im Einvernehmen mit der Regierung den Gesetzentwurf so gestaltet, daß seine Bestimmungen sich für die innere Kolonisation und für die damit verfolgten wirtschaftlichen und nationalen Ziele als brauchbar erweisen wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. v. Kries (Kons.):

Das Gesetz ist eins der wichtigsten, die uns vorgelegt sind. Ob die Mittel, die die Regierung uns vorschlägt, die richtigen sind, um das von allen gewünschte Ziel zu erreichen, das bedarf noch erst der genauen Prüfung. Ich beantrage daher, das Gesetz einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Es ist eine Tatsache, daß namentlich im Osten, die Zahl der kleinen ländlichen Betriebe sehr abgenommen hat, trotzdem infolge des Rentengutsgesetzes über 10 000 neue Stellen geschaffen sind. Es ist daher eine durchgreifende Regelung nötig, um der Entvölkerung des platten Landes im Osten entgegenzuarbeiten. Eine weitere Erörterung dieser Frage erscheint mir im gegenwärtigen Augenblick nicht angezeigt, da hierdurch leicht der Parteihader erweckt werden kann, gerade in einer Sache, die wegen ihrer großen Wichtigkeit frei von aller parteilichen Momenten behandelt werden muß. Das, was die Regierung nun vorschlägt, ist Ihnen bekannt.

Die rechtliche Zulässigkeit des Gesetzes erscheint nach dem § 110 des Einführungsgesetzes zum BGB. nicht zweifelhaft und ist auch nicht angefochten worden. Wir sind grundsätzlich geneigt, die Staatskontrolle über die gewerbsmäßige Güterspekulierung zu genehmigen, wir sind auch, vorbehaltlich der Prüfung in der Kommission, mit den hier vorgeschlagenen Bestimmungen einverstanden. Wir meinen nur ferner, daß die Genehmigung versagt werden kann, nicht nur, wenn die Zerschlagung mit einer den gemeinwirtschaftlichen Interessen entsprechenden Grundbesitzverteilung, insbesondere auch mit den Zielen der staatlich geförderten inneren Kolonisation, nicht vereinbar ist", sondern auch von nationalen Gesichtspunkten aus. (Unruhe links.) Der § 4 gibt hierüber keine klare Auskunft, die Sache muß daher in der Kommission genau festgelegt werden. Daß durch das Gesetz ein gewisser Druck auf die Grundstückspreise ausgeübt werden wird, das wird von uns nicht verkannt. Wir meinen aber, dies um so eher in den Kauf nehmen zu können, als doch die Grundstückspreise in einigen Teilen unseres Vaterlandes eine ungesunde Höhe erreicht haben.

Die Gewährung des Rücktrittsrechts ist ein erster Schritt auf abschüssiger Bahn, es wird damit mit dem Grundsatz von Treu und Glauben im Handel und Wandel gebrochen. Es ist doch eine neue behördliche Bevormundung, wenn man die Leute, die sich bei einem Parzellierungsterrain haben übervölpeln lassen, ein solches Rücktrittsrecht gibt. Die Leute haben doch bis zur notariellen Beurkundung noch Zeit genug, sich die Sache zu überlegen. Unsere engültige Stellung hierzu behalten wir für die Kommission vor. Das von dem Gesetz für die gemeinnützigen Gesellschaften usw. geforderte Vorkaufsrecht begegnet unseren allerschwersten grundsätzlichen Bedenken. Es bedeutet einen sehr starken Eingriff in die Freiheit des Eigentums und eine unerwünschte Differenzierung des Grundeigentums in Stadt und Land. Wir können in den Interessen der inneren Kolonisation ein Bedürfnis für ein so weit ausgehendes Recht nicht anerkennen. Nur gegenüber dem Güterhandel im Sinne des ersten Abschnittes des Gesetzes und den „walzenden Gütern" halten wir ein solches Vorkaufsrecht für erträglich.

Besonders schwere Bedenken haben wir auch gegen die von der Regierung vorgeschlagene Uebertragung des Vorkaufsrechtes an die Siedlungsgesellschaften. Die Regierung muß sich unter allen Umständen die Entscheidung selbst vorbehalten. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß wir jede einzelne Siedlungsgesellschaft, und sei es auch die solideste und uneigennützigste, nach ihrem eignen System schalten und walten lassen. Das wäre ein Zustand, der für das Heil unseres Vaterlandes unerträglich wäre. Mit Dank begrüßen wir aber die vorgeschlagenen Erleichterungen bezüglich des Unschädlichkeitszeugnisses, ebenso sind wir gern bereit, die geforderten Mittel für den Zwischenkredit zu bewilligen. Den freisinnigen Antrag lehnen wir ab, er würde u. a. eine Vermehrung von Beamten erfordern. Die wir nicht billigen können. Wir werden uns weiter bemühen, eine Bestimmung in das Gesetz hineinzubringen, die verhindert, daß dort, wo aufrieden stellende Zustände bestehen, diese nicht durch unzweckmäßige kolonisatorische Maßnahmen verschlechtert werden.

Es muß eine Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Opfer, die das Gesetz fordert, nicht vergeblich sind. Trotz unserer schwerwiegenden Bedenken in einzelnen Punkten dürfen die Ziele, welche die Regierung mit dem Gesetz verfolgt, dahin führen, daß eine Verständigung der Mehrheit dieses Hauses über dieses Gesetz zum Besten unseres Vaterlandes und unserer inneren Kolonisation erfolgt (Lebhafter Beifall rechts.) Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz schlägt vor, die nächste Sitzung Freitag um 10 Uhr abzuhalten.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.) bittet, die Sitzung erst um 11 Uhr beginnen zu lassen, da um 9 Uhr eine Sitzung der Budgetkommission und um 10½ Uhr eine Besprechung der Senioren mit dem Präsidenten angesetzt ist.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (Freikons.) unterstützt diesen Wunsch.

Abg. v. Papenheim (Kons.) tritt für die Anregung des Präsidenten ein. Wenn die Sitzung erst um 11 Uhr beginnen soll, könnte das Haus ja heute noch weiter tagen. (Lebhafter Widerspruch.) Schließlich ist es auch nichts Ungewohntes, wenn gleichzeitig Kommissions- und Plenarsitzungen nebeneinander stattfinden.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.): Ein solches Nebeneinander von Plenar- und Sonderberatungen ist wohl möglich bei minder wichtigen Gegenständen, aber nicht bei einer Sache von so großer Bedeutung wie das vorliegende Gesetz. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Es besteht die Absicht, morgen die allgemeine Besprechung über das Grundteilungsgesetz zu Ende zu führen. Da wir die Vertagung schon beschlossen haben, können wir heute nicht weiter tagen. Ich lasse also darüber abstimmen, ob die Sitzung morgen um 10 oder 11 Uhr beginnen soll.

Gegen die Stimmen der Konservativen wird hierauf beschlossen, daß die Sitzung am Freitag um 11 Uhr beginnt. Fortsetzung der Beratung.

Schluß ½5 Uhr.

Mb Deutscher Reichstag.

236. Sitzung. Donnerstag, 19. März.

Am Bundesratstisch: Dr. Solf.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. mit folgender Ansprache:

„Es ist Ihnen allen bekannt, daß die einzige Tochter unseres Kaiserpaares, die Frau Herzogin von Braunschweig, gestern von einem Prinzen entbunden worden ist. Ich bitte um die Ermächtigung, Se. Maj. dem Kaiser und Ihrer Maj der Kaiserin, sowie dem Herzogspaar von Braunschweig die Glückwünsche des Reichstages auszudrücken. (Die meisten Mitglieder des Hauses haben sich erhoben.) Die Ermächtigung ist erteilt."

Der Kolonialetat.

(Fünfter Tag.)

Die Aussprache über den Etat von Ostafrika wird fortgesetzt.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Ich bin wegen meiner letzten Rede zum Kolonialetat scharf angegriffen worden, besonders von der alldeutschen Presse. Meine Kritik über die Behandlung der Schwarzen auf den Plantagen wurde sogar als Beschimpfung der Pflanzer zurückgewiesen. Ich habe von meiner Rede nicht ein Jota zurückzunehmen. Meine Angaben stützen sich auf amtliches Material, das Auskunft zuverlässig ist. Da sollte man nicht mit großen Phrasen kommen und mir Vorwürfe machen. Ein alter Afrikaner schreibt in seinem neuesten Buche: „Im Reichstag geben Zentrum und Sozialdemokraten den Ausschlag; Humanität und Arbeiterschutz sind daher die Schlagworte der Kolonialpolitik." — Dagegen haben wir gar nichts einzuwenden, daß Humanität und Arbeiterschutz im Vordergrund stehen. In früheren Jahren hat auch die Regierung scharf gegen die Pflanzer Stellung genommen. Erinnern Sie sich doch der Haltung des Staatssekretärs Dernburg. Er hat hier im Reichstag festgestellt, wie übel die Eingeborenen auf den Plantagen behandelt werden. Diese Klagen sind noch im Vorjahre von der Regierung als richtig anerkannt worden. Und nun protestiert man gegen meine Behauptungen! Ich könnte Ihnen stundenlang amtliches Material vorlegen, das alle meine Behauptungen beweist.

Die Pflanzer stellen an die Arbeiter geradezu horrende Forderungen. Dernburg hat selbst festgestellt, daß die Leute, die gegen die Arbeiterschutzbestimmungen dort draußen protestieren, gar kein Interesse an der Erschließung der Kolonie haben, sondern das sind Leute, die dort auf zwei bis drei Jahre hinausgehen, um Geschäfte zu machen und das erworbene Geld dann wie der in Nizza oder Monte Carlo verlieren. Ich weise die Behauptungen der Pflanzer in Ostafrika, als ob ich sie beschimpft hätte, mit aller Entschiedenheit zurück. Es wird behauptet, Ostafrika sei über mich aufgebracht. Das läßt mich völlig kalt. Dazu gehört nicht viel bei 40 Grad Reaumur im Schatten aufgebracht zu sein (Heiterkeit.) Meine Behauptungen stützen sich auf amtliches Material, daher verbitte ich mir alle Angriffe.

Nun zu einem lustigeren Kapitel. Ich frage den Staatssekretär: Ist der Erlaß des früheren stellvertretenden Gouverneurs von Ostafrika, des Generalleutnant von Wrochem über das Grüßen noch in Kraft? Dieser Herr von Wrochem hat sich ja erlaubt, vom Reichstag als von einer gemischten Gesellschaft und von einer Rotte zu sprechen. (Hört! Hört! und Lachen. Das ist derselbe Herr, der behauptete, wir seien dreist und unverschämt, und gegen den der Staatsanwalt nicht eingeschritten ist. (Lebhaftes Hört! Hört! und Unruhe). Wenn man aber weiß, was dieser Herr in Ostafrika vollbracht hat, so wird man sich über seine Anwürfe leicht hinwegsetzen. (Sehr! Hört!) Er hat im Jahre 1893 in Ostafrika als stellvertretender Gouverneur einen Hundeerlaß und einen Grüßerlaß herausgegeben. (Hört! Hört! und Heiterkeit!) Der Grüßerlaß ist besonders interessant. Danach sind sämtliche Boys der Europäer, sämtliche Angestellte beim Gouvernement, und alle Farbigen, auch Inder, Griechen usw., verpflichtet, den Gouverneur und seinen Stellvertreter zu grüßen, sowohl im Vorbeigehen, aber auch, wenn die Leute irgendwo sitzen oder liegen. Im letzteren Falle besteht der Gruß im Aufstehen und Annehmen einer strammen Haltung. Fehlt also nur noch: Hand an die Hosennaht. (Zuruf: Die haben ja keine Hosen! — Heiterkeit!) Wenn sich die Leute in einem Kaufmannsladen befinden, so müssen sie herauskommen und ebenfalls grüßen. (Hört! Hört!) Wird dieser Grüßerlaß heute noch aufrechterhalten?

Ein Mann, der den stellvertretenden Gouverneur v. Wrochem nicht kannte, und ihn nicht grüßte, wurde von Herrn v. Wrochem angefahren: „Sie unverschämter Flegel, warum grüßen Sie nicht? Ich bin der stellvertretende Gouverneur und stehe hier an Stelle des Kaisers!" (Heiterkeit.) Als der Mann entgegnete, daß er den Herrn noch nicht kenne, da er erst einige Tage hier sei, schrie Herr v. Wrochem laut: „Sie sind ein geborener Flegel! Ich werde Euch Schweinepack schon beibringen, mich zu grüßen! Ihr werdet an mich denken, Ihr Flegel!" Herr v. Wrochem hat wahrscheinlich gemeint, er habe einen Reichstagsabgeordneten vor sich. (Große Heiterkeit.) Der Erlaß gilt auch für die Matrosen unserer Marine. Ein Matrose von der „Möve", der den Herrn auch nicht kannte, wurde angeschrien: „Ihr Schweinepack, könnt Ihr nicht grüßen?" Dieser Erlaß hat schon internationale Verwicklungen zur Folge gehabt, da er auch für Inder und Griechen gelten soll. Im Jahre 1894 wurden daher diplomatische Vorstellungen in Berlin erhoben.

Herr von Wrochem wurde zur Verantwortung gezogen, und nun kam das Interessante. Als er sich verantworten sollte, da hatte er an einem Morgen sich den Schlüssel zum Gerichtssaal geben lassen, um dort eine Aenderung in den Ausdrücken des Erlasses vorzunehmen (Lebhaftes Hört! Hört! und Unruhe), um die Schuld von sich abzuwälzen und andere, Unschuldige, in den Verdacht zu bringen, als ob sie einen solchen horrenden Erlaß herausgegeben hätten. (Lebhaftes Hört! Hört! — Unruhe und Bewegung.) Geschehen ist aber dem Herrn von Wrochem nichts. Er ist dann in China verwendet worden und hat es trotz aller dieser Heldentaten zum Generalleutnant gebracht. Im Interesse des deutschen Ansehens muß gefordert werden, daß dieser Erlaß, falls er noch in Kraft ist, sofort kassiert wird. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Solf:

Der jetzige Generalleutnant von Wrochem war als Major kurze Zeit Stellvertreter des Gouverneurs von Ostafrika und hat in dieser Eigenschaft die beiden Erlasse oder Verordnungen, die der Vorredner erwähnt, ergehen lassen. Die beiden Erlasse sind aber in die Sammlung der Verordnungen nicht aufgenommen worden. (Beifall.) Der Abg. Arendt hat eine Schule für Wilhelmsthal verlangt. Wir haben bei dem Gouverneur angefragt, ob er eine solche für zweckmäßig halte. Der Gouverneur hat sich nicht zustimmend geäußert. Wir haben über die Frage des Beitrages an Schulen bei dem Etat für Südafrika eine längere Debatte gehabt. Wir haben eingesehen, daß in Südwestafrika die Dinge anders und günstiger liegen, so daß dort allerdings den Eltern bei den großen Verkehrsschwierigkeiten eine Beihilfe gewährt werden könne. In Ostafrika liegen die Verhältnisse aber nicht so. Ich will aber betonen, daß das Kolonialamt nach wie vor das Schulwesen in den Kolonien mit allen Kräften fördern wird. Ueber den Hafen von Daressalam ist mittlerweile ein Bericht des Gouverneurs eingegangen, der bestätigt, wie recht ich hatte, daß erste geplante Projekt zurückzustellen. Wir werden aber möglichst bald mit einer Vorlage an das Haus kommen.

Eine Verlängerung der Dienstperioden erscheint in Ostafrika nicht angezeigt. Ich habe dieser Frage auf meiner letzten Reise meine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt und auch die Verhältnisse in den englischen Kolonien mir angesehen. Ich habe feststellen müssen, daß nach etwa ¾ Jahren die Schaffensfreudigkeit der Beamten erlahmt. Anders steht es in Südwestafrika, und die Regierung ist nach wie vor bereit, die Frage eingehend zu prüfen, ob wir dort zu längeren Dienstperioden kommen können. Aber die Hausarbeit sind verschiedene Schlußfolgerungen gezogen worden, die nicht zutreffend sind. Wir haben in Ostafrika ein Land erworben, in dem mehr als wo anders in scheußlichster Weise Sklavenraub und Sklavenhandel getrieben worden ist. Es war die erste Pflicht der deutschen Regierung, dagegen vorzugehen, daß wir diese Mißstände zu unterdrücken suchten. Das ist uns auch gelungen, wir können mit gutem Gewissen sagen, daß Sklavenraub und Sklavenhandel bei uns dort nicht mehr vorkommen.

Sollten Ausnahmefälle vorkommen, so stehen schwere Strafen darauf, in besonders schwierigen Fällen sogar die Todesstrafe. Ich möchte noch einmal an das Wort des Abg. Naumann erinnern, daß es schwierig ist, die richtige Arbeitsform für ganz Afrika zu finden. Wir sind ein gutes Stück vorwärts gekommen, und auch der Reichstag gibt zu, daß wir die Sklaverei systematisch bekämpfen. Nun über das Tempo sind wir nicht ganz einig, da der Reichstag glaubt, daß es noch mehr beschleunigt werden könnte. Heute kontrolliert der Bezirksamtmann alle Angelegenheiten, die mit der Sklaverei in Beziehung stehen, insbesondere den Uebergang eines Sklaven an einen andern Herrn. Dieser Uebergang ist an eine behördliche Beurkundung geknüpft, die nur unter folgenden Bedingungen erfolgen darf: 1. muß der Bezirksamtmann seine ausdrückliche Genehmigung dazu geben; 2. muß der neue Herr derselben Landsmannschaft angehören wie der Sklave; 3. darf dadurch nicht die Familie des Sklaven auseinandergerissen werden und 4. der neue Herr darf nur ein Eingeborener sein, nicht ein Inder oder Araber. Eine derartige Urkunde ist also nicht ein Akt grausamen Sklavenhandels, sondern ein Instrument humaner Politik zur Besserung der Verhältnisse der wirtschaftlich Schwachen.

Mit der Denkschrift sind ja die Herren im allgemeinen nicht zufrieden. Der Reichstag will als Endzunkt der Sklaverei das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140320011/fragment/page=0002

Jahre 1920 festsetzen, während die Gouverneure das nicht für durchführbar hält. Ich bin nun benützt, eine Brücke zwischen den Wünschen des Reichstags und der Denkschrift zu bauen und will dem Gouverneur, der nach wie vor die Verantwortung tragen muß, folgenden Vorschlag machen: 1. im Jahre 1920 wird eine Verordnung getroffen, nach der irgend eine Klage, auf Grund deren die Wiederherstellung, Anerkennung oder Beibehaltung der Sklaverei gefordert wird, vor einem Gericht des Schutzgebietes nicht mehr zugelassen wird; 2. um aber die Herren der Sklaven schadlos zu halten, wird eine Klage des Herrn zugelassen gegen den früheren Sklaven und zwar nicht aus dem Sklavenverhältnis, sondern aus dem Verhältnis einer Obligation; 3. soll diese Leistung festgesetzt werden in der Form, wie hoch der Freikaufpreis für den Sklaven ist. Dies soll der Gouverneur so bald als möglich einführen, damit, wenn das Jahr 1920 herankommt, diese Regelung in den Köpfen der Eingeborenen bereits als feststehende Tatsache erscheint. Diese Brücke, glaube ich, kann der Reichsregierung beschreiten.

Abg. Keinath (Natl.):

Die Festsetzung eines bestimmten Termines zur Abschaffung der Haussklaverei könnte leicht zu Unruhen führen. Das wollen wir nicht heraufbeschwören. Wir wollen hoffen, daß die allmähliche Abschaffung der Haussklaverei sich glatt wird durchführen lassen. Bedauerlich ist es, daß wir nicht vor den Engländern an den Victoriasee gekommen sind. Die Tarife für die Tanganjikabahn sind, wie ich feststellen konnte, nicht höher, weder im Personen- noch im Güterverkehr, als die Tarife anderer Kolonialbahnen. Wir hoffen, daß die Tanganjikabahn nicht nur ein wesentlicher Erschließungsfaktor des ostafrikanischen Schutzgebietes, sondern auch ein Kampfmittel für die wirtschaftliche Eroberung des ganzen zentralafrikanischen Gebietes für uns Deutsche darstellen wird.

Abg. Bruckhoff (Vp.):

Die Lehrer in den Kolonien möchten wir dem besonderen Wohlwollen des Staatssekretärs empfehlen. Die Seminarien sollte man nicht in den Händen der Missionare belassen. Die Ausbildung im orientalischen Seminar genügt nicht. Die Pensionierung der Lehrer ist zu regeln, und namentlich soll anders für diejenigen gesorgt werden, die aus den Kolonien zurückkommen, um in der Heimat Verwendung zu suchen. Heute sind sie fast rechtlos. So kann man keine tüchtigen Lehrkräfte für die Kolonien erhalten. Der Kreisschulinspektor in Ostafrika soll den Oberlehrern gleichgestellt werden. Die Ausreise des Lehrers wird um 5000 M. niedriger bezahlt als die des Militärs. Ein seßhafter Lehrerstand ist für die Kolonien außerordentlich wichtig.

Abg. Noske (Soz.):

Wir würden es bedauern, wenn der Staatsanwalt dem Herrn v. Brockem durch ein Beleidigungsverfahren den Mund stopfen wollte. Der Reichstag steht viel zu hoch, um von Angriffen von dieser Seite berührt zu werden. Interessenten haben diese Tage Protestaktionen gegen die Vorwürfe veranstaltet, die im Reichstag erhoben worden sind. Es ist eher zu wenig als zu viel gesagt worden, um das Maß von Drangsalierung und Ausbeutung der ostafrikanischen Bevölkerung zu schildern. Die Schuldfrage wird nicht mehr zur Ruhe kommen. In der Frage der Haussklaverei hat die Regierung wieder einige Jahre untätig vorübergehen lassen, ohne sich um die Wünsche des Reichstages zu kümmern. Es ist richtig, regelrechte Sklavenjagden werden bei uns nicht mehr gehalten. Aber bereits vor 25 Jahren haben wir Mittel zur Unterdrückung des Sklavenhandels bewilligt und jetzt noch soll die Aufhebung der Sklaverei verschoben werden. Auf deutschem Gebiet werden Menschen wie ein Stück Vieh verhandelt. Das empört mich. Für uns ist es absolut undiskutabel, den Termin aufzuschieben.

Die Resolutionen der Budgetkommission, die Mitteilungen über die Abschaffung der Haussklaverei und Uebersichten über die Besitz- und Pachtverhältnisse der Pflanzungen verlangen, werden angenommen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

bittet, die Erweiterung der Sigibahn ernsthaft zu betreiben.

Die Resolutionen, die Schutzbestimmungen für die Arbeiter fordern, werden angenommen.

Damit ist der Etat für Ostafrika erledigt.

Südwestafrika.

Abg. Hoch (Soz.):

Die Hoffnung, daß die öffentliche Ausschreibung der Diamanten-Vergebung die Mißstände in der Diamanten-Regie beseitigen würde, hat sich nicht erfüllt. Es hat sich gezeigt, daß die Regie die Diamanten viel zu billig abgegeben hat. Es muß ein ganz anderes Verfahren eingeschlagen werden, bei dem das Risiko dem Produzenten bleibt. Der Diamantenpreis darf unter keinen Umständen weiter heruntergeschraubt werden. Bei der Regelung des Verkaufs dürfen die Produzenten nicht ausgeschaltet werden, wie dies die Herren der Banken versucht haben. In erster Linie müssen auch die Diamantenförderer in der Regie ausreichend vertreten sein. Freilich muß auch dem Staat der gebührende Einfluß bleiben. Es ist durchaus berechtigt, daß der Staat aus der Diamantenproduktion einen erheblichen Anteil erhält. In der Regie müssen auch vertreten sein die Diamantenhändler, die Schleifereibesitzer und die Diamantenarbeiter. Der Preisnachlaß von 5 Proz. sollte nur denjenigen Schleifereibesitzern gewährt werden, die ihren Arbeitern Tariflöhne zahlen. Die Kolonialverwaltung hätte nicht sich von der Großbankengruppe vollkommen leiten lassen und mit den Förderern nicht so rücksichtslos verfahren sollen. Der einzige Mann, der den Kampf gegen die Großbanken gewagt hat, konnte sich im Amt nicht halten. Die jetzigen Leiter der Kolonialverwaltung, die freilich ihr Amt unter sehr schwierigen Verhältnissen angetreten haben, haben sich bisher nicht mit Ruhm bedeckt. Sie haben betrügerische Manipulationen in der Diamantenregie geduldet. (Unruhe.) Hoffentlich wird die Kolonialverwaltung auf den richtigen Weg zurückfinden.

Staatssekretär Dr. Solf:

Ich möchte annehmen, wenn der Abg. Hoch seine Rede im Stenogramm liest, daß er dann bei einer Gelegenheit zu mir kommen wird, um sich zu entschuldigen. (Oho-rufe b. d. Soz.) Ich habe dem Abg. Hoch im vorigen und vorvorigen Jahre Rede gestanden über alles, was er sachlich vorgebracht hat. Ich habe ihm sogar gedankt für gewisse erwägenswerte Anregungen im Interesse der deutschen Schleifer, und wir sind ihnen nach Möglichkeit gefolgt. Auf die heutige Rede werde ich aber im einzelnen nicht eingehen. Sie war von Beleidigungen und sogar von Verleumdungen getragen. (Sehr richtig! rechts und Unruhe bei den Soz.) Der Abg. Hoch hat behauptet, ich hätte geduldet, daß betrügerische Manipulationen in der mir unterstellten Diamantenregie vorgekommen sind, und daß der Aufsichtsrat der Regie seine Hand in unehrlicher Weise in ein Geschäft gesteckt hat.

Er hat das behauptet, obwohl ich in der Budgetkommission die entgegengesetzten Erklärungen abgegeben habe. (Lebhafte Zustimmung.) Darauf bezieht sich das harte Wort, das ich anwenden mußte. Ich kann nichts zurücknehmen, bis der Abg. Hoch nicht die Beleidigungen zurückgenommen hat, die er mir entgegenschleuderte. (Erneuter Beifall.) Er weiß, daß das Diamantengeschäft außerordentlich schwierig ist. Ehe er solche schwerwiegenden Beschuldigungen erhebt gegen den Aufsichtsrat der Regie, ehe er behauptet, daß ich mit demselben in schmutziger und betrügerischer Weise unter einer Decke stecke, sollte er das Geschäft erst einmal kennen lernen und Tatsachen anführen. Ich werde auf seine Darlegungen nicht antworten. (Lebhafter Beifall.)

Ich bin nicht in der Lage, so eingehend über die Diamanten Auskunft zu halten, als ich eigentlich möchte. Ich habe schon einmal gesagt, daß ich als Staatssekretär die Eigenschaft habe, auch Diamantenhändler zu sein. Wir sind gerade vor dem Abschluß eines wichtigen Geschäftes, an dem auch der Fiskus einen wesentlichen Anteil hat. Ich bin nicht in der Lage, auf die Einzelheiten einzugehen. Die Budgetkommission hat sich über gewissen lassen, daß die Regierung auf dem richtigen Wege war. Ich habe endlich Klarheit geschaffen. Der Abg. Hoch hat unter anderem angeführt, daß ich mit den Förderern einen sehr intensiven Kampf gehabt habe. Das gebe ich zu; wir haben sechs Monate lang einen harten Kampf gekämpft. Wir haben uns aber versöhnt und die Hand gedrückt, und es hat keinen Zweck, die Schwierigkeiten nochmals aufzudecken, unter denen die Förderer zu leiden hatten. Wir haben aber einen Weg der Versöhnung gefunden, und das ist der Weg, den der Abg. Hoch gewünscht hat. In der Beziehung hat er offene Türen eingerannt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Förderer den Löwenanteil haben sollten an der Regie. Wir haben auch erwogen, ob wir einen Schleifer mit hineinnehmen sollen. Wir haben uns aber über die Persönlichkeit nicht einigen können. Wir sollten daher nicht von neuem den Frieden stören. Ich möchte über die Diamanten nicht mehr sagen — da ich unter dem Eindruck einer schweren Beleidigung stehe, möchte ich nicht mehr sagen! (Beifall rechts.)

Abg. Erzberger (Zentr.):

Es wäre wünschenswert, daß endlich einmal Schluß mit den ewigen Diamantendebatten gemacht werden könnte. (Sehr richtig.) Ueber die in der Vergangenheit gemachten Fehler sollte man nicht mehr sprechen, um die angebahnten friedlichen Beziehungen zwischen Kolonialverwaltung und den Förderern nicht zu stören. Ich glaube, daß die jetzt beschlossene Regelung der Diamantenregie das richtige trifft. Die Kontingentierung darf nicht einseitig zu Lasten der Förderer erfolgen. Wenn das gelingt, dann werden keine Differenzen mehr entstehen. Die Förderer, die so schwer angegriffen wurden, haben wirklich gute und ersprießliche Arbeit geleistet. Das haben sie bewiesen. Hoffentlich gibt die neue Regelung der Regie keinen Grund zu Klagen mehr. Wenn die Diamanten-Einnahmen weiter wachsen, wird der Zeitpunkt kommen, wo nicht mehr das Reich zwei Drittel zu den Kosten von Südwestafrika beisteuert und das Schutzgebiet ein Drittel, wie jetzt, sondern umgekehrt. Ja vielleicht wird einmal das Schutzgebiet sich ganz selbständig erhalten können.

Der Usambabahn stimmen wir zu. Doch müssen alle erforderlichen sanitären Maßnahmen für die Arbeiter in jenen subtropischen Gegenden getroffen werden. Notwendig wird die Anstellung von mehr Eingeborenen-Kommissaren sein. Das Ziel ist die wirtschaftliche Befreiung des Landes. In Sachen des Bergrechts muß der Staatssekretär den starken Mann spielen und zwar gegen die Konzessionsgesellschaften. Diese sind keine Kulturgesellschaften, sondern Spekulationsgesellschaften. Bahnbauten wurden gegen Konzessionen eingetauscht. Für die Konzessionen wurde dann aber nichts geleistet. Die blutigste Gründung dieser Art war die Usambolandgesellschaft, die für Millionen eigentlich nichts geliefert hat als bedrucktes Aktienpapier. Nicht einigen wenigen Gesellschaften, sondern der Allgemeinheit, dem deutschen Volk, sollen die Millionen zugute kommen, die wir für Südwestafrika bewilligen.

Staatssekretär Dr. Solf:

Der Präsident hat mir das Stenogramm der Rede des Abg. Hoch gegeben und hat auch darauf aufmerksam gemacht, daß der jenige Passus, den ich als Verleumdung charakterisierte und der als solche auf mich gewirkt hat nur in hypothetischer Form ausgesprochen war. Ich hatte den Eindruck, es sei positiv geschehen, schon aus der Haltung der ganzen Rede. Da aber nicht der subjektive Eindruck maßgebend ist, sondern der objektive Tatbestand, kann ich das Wort Verleumdung nicht aufrechterhalten.

Abg. Waldstein (Vp.):

Wir haben die Diamantenregie geschaffen, weil weder die Budgetkommission noch das Plenum des Reichstags das geeignete Forum ist, um über den Diamantenhandel zu urteilen. Die Bankherren haben eine durchaus uneigennützige Tätigkeit entfaltet. Wer den Verdacht der Unlauterkeit zu erwecken sucht, der verletzt ein Reichsinteresse. Die Verwaltung hat die Diamantenregie praktisch außer Funktion gesetzt und sich zum Herrn erklärt. Damit ist sie weiter gegangen als sie gesetzlich berechtigt war. Das hat Mißstimmung erregt. Die Diamanten werden das Rückgrat des Etats für Südwest nicht immer bleiben. Scheidet man die Diamanten aber aus, dann ist der Etat durchaus nicht sehr erfreulich.

Wir haben für Südwest das mögliche getan. Wir erwarten aber auch Anerkennung von den Herren aus Südwest. Daran hat es bisher sehr gefehlt. Wer bezahlt die Schutztruppe? Die Budgetkommission will, daß das Reich ⅔ und das Schutzgebiet ⅓ der Kosten tragen soll. Dem Bau der Usambabahn stimmen wir durchaus zu im Interesse der Kolonialwirtschaft, aber auch im Interesse der Arbeiter. Die Konzessionsgesellschaften sollen nie zu den Bahnkosten herangezogen werden. Das ist nur möglich, wenn die Verträge der Gesellschaften dem nicht entgegenstehen. Darum scheint es sich aber hier nicht zu handeln. Das rechtliche Verhältnis zwischen Mutterland und Schutzgebiet ist immer noch sehr unklar.

Der Anwalt in Südwest hängt völlig von den Weißen des Bezirksrichters ab. Es ist außerordentlich schwer, in kolonialen Dinge von hier aus einzugreifen. Die Vorwürfe gegen die Budgetkommission lassen uns kalt. Wir treiben keine einseitige Eingeborenenpolitik und keine einseitige Kapitalistenpolitik. Wir wollen für die Kolonien nur eine Kulturpolitik. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaempf

teilt mit, daß ein weiterer Nachtragsetat (Winterfeldsche Grundstückskäufe) eingegangen ist.

Der Nachtragsetat wird sofort ohne Debatte in erster Lesung angenommen und dann der Budgetkommission überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Abg. Hoch (Soz.):

bestreitet, daß er den Staatssekretär beleidigt habe. Er habe nur gesagt, er habe das Zutrauen zur Verwaltung, daß sie unter keinen Umständen jemand dulden werde, der irgendwie unlautere, unanständigen und unfairen Maßnahmen die Hand bieten würde. Er hätte erwartet, daß der Staatssekretär seinen Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen werde. (Abg. Ledebour (Soz.): Und Solf schweigt! — Heiterkeit).

Freitag 2 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen, Weiterberatung.

Schluß 6¼ Uhr.

Die Besoldungsnovelle.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Mittwoch die Beratung der Besoldungs-Novelle fortgesetzt. Der Berichterstatter bezeichnete die Vorlage als eine Nachwirkung der letztjährigen Gehaltsaufbesserungen. Wesentlich werde die Entscheidung über die „gehobenen Unterbeamten" sein. Weiter werde es sich handeln um die Durchsetzung früherer Forderungen des Reichstages für die höheren Postbeamten. Es kommen weiter hinzu die Deckoffiziere, für welche der Reichstag schon längst eine Verbesserung der Dienstverhältnisse gewünscht habe. Im ganzen werde man allerdings Rücksicht nehmen müssen auf die Leistungsfähigkeit des Reiches, immerhin würden die Anträge, die er sich vorbehalte, ungefähr 3 Millionen Mark mehr erfordern. Er beantrage die Vornahme zweier Lesungen. Die Kommission stimmte diesem Antrage zu.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes erklärte, der Zweck des Entwurfs sei:

1. die Konsequenzen aus den letztjährigen Aufbesserungen bezüglich der benachbarten Beamtengruppen zu ziehen,
2. die dem Reichstage bezüglich der Deckoffiziere gemachten Zusagen zu erfüllen,
3. die den Aenderungen in der Organisation des Beamtenwesens entsprechenden Besoldungsänderungen vorzunehmen.

Die Regierung habe sich streng an diesen Zweck des Gesetzes gehalten. Die vorgesehenen Veränderungen in den Bezügen der Altpensionäre sowie die entsprechenden Deckungsvorschläge seien in der Vorbereitung noch nicht soweit gediehen, daß sie gleichzeitig mit vorgelegt werden konnten. Im ganzen würden die vorgeschlagenen und die für die Altpensionäre noch vorzuschlagenden Maßnahmen ungefähr 15 Millionen Mark erfordern. Er sei eventuell bereit, das Rennwettgesetz, aus dem die Deckung zum Teil bestritten werden soll, in der vorläufigen Form bekanntzugeben. Die Gesamtausgabe für die bisherigen Vorschläge werde 6,3 Millionen betragen. Hierauf trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wurde die Aussprache über die Besoldungsnovelle fortgesetzt. Inzwischen war ein Kompromißantrag eingegangen, der von allen bürgerlichen Parteien unterschrieben war. Er bringt eine Reihe von wichtigen Aenderungen gegenüber der Regierungsvorlage. Zunächst soll nach diesem Antrage die Klasse 11a, die Steuermänner, Maschinenassistenten, Telegraphisten, Weichenwärter beim Kanalamte, Materialienverwalter usw. mit einem Gehalt von 1400 bis 2100 Mark umfaßt, höher hinauf hinter die Klasse 11b rücken, und zwar mit folgenden erhöhten Gehaltssätzen: 1500 — 1640 — 1780 — 1920 — 2066— 2200 Mark.

Der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte, daß seine Partei sich an diesem Kompromißantrage nicht beteiligen könne, weil dieser Antrag nicht die Streichung des § 5 bringe. Dieser § 5 bestimmt, daß für die Beamten der Reichseisenbahnverwaltung der nicht pensionsfähige Zuschuß insoweit in Wegfall kommt, als die durch dieses Gesetz erhöhten Gehaltssätze die bisher geltenden Sätze in den einzelnen Gehaltsstufen übersteigen. — Ein Mitglied der Fortschrittl. Volkspartei unterstützte den gemeinsamen Antrag nachdrücklich. Die Petitionen zeigen ja, daß in der Beamtenschaft noch viel Not vorhanden ist.

Ein preußischer Regierungsvertreter, Geheimrat Iden, wandte sich gegen die Bemerkung, daß Preußen im Golde schwimme. Die Beschlüsse des Reichstages werden für Preußen schwerwiegende Folgen haben. Für Preußen sei es aber ausgeschlossen, die Erweiterungen auf die gehobenen Unterbeamten der Klasse 11a zu beschränken. Preußen müßte dies also ablehnen oder eine Gesamtrevision des Besoldungsgesetzes vornehmen. Zu einer solchen Lesung aber weder Bedürfnis noch Möglichkeit. Die Rückwirkungen auf die Gemeinden würden unerträglich sein. Die Erwartungen in die Wirkungen des Generalpardons würden weit überschätzt. Eine anormale Steigerung im erheblichen Umfange werde nicht eintreten.

In der Einzelberatung bekämpfte der Staatssekretär zunächst die neuen Gehaltssätze von 1500 bis 2200 Mark. Sie wurden aber einstimmig angenommen. Ebenso wurden eine Reihe weiterer Bestimmungen nach dem Kommromißantrage trotz des Widerspruches der Regierungen unverändert angenommen.

Zu den Gehaltssätzen von 1500 bis 2200 Mark erklärte der Staatssekretär, sie würden allein ein Mehr von 5 Millionen erfordern, und er sei nicht in der Lage, bei Aufrechterhaltung dieser Sätze des Kompromisses die Annahme durch die Regierungen in Aussicht zu stellen.

Berlin, 19. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages erklärte bei der Weiterberatung der Novelle eines Besoldungsgesetzes Reichsschatzsekretär Kuehn, die Regierung müsse es ablehnen, auf die Anregungen und Anträge einzugehen, die eine erhebliche materielle Aenderung der Vorlage bedeuteten. Das gelte besonders von den Anträgen betr. die Aufbesserung der höheren Beamten, die einen bedeutsamen Einbruch in die Besoldungsordnung darstellten. — Staatssekretär Krätke schloß sich dieser Erklärung an und meinte, es sei besser, durch eine Vermehrung im Etat helfend einzugreifen. Der Kompromißantrag zum § 5 wurde in der Abstimmung abgelehnt, weil die bürgerlichen Parteien sich spalteten; ebenso § 5 der Vorlage. Es bleiben also die nicht pensionsfähigen Zuschüsse neben dem erhöhten Gehalt bestehen. § 6 der Vorlage, der das Besoldungsdienstalter regelt, wurde mit einem weniger bedeutenden Zusatz angenommen. Wie wir bereits im Depeschenteil der gestrigen Abendnummer berichteten, wurden sodann die noch ausstehenden Positionen des Kompromißantrages der bürgerlichen Parteien zur Besoldungs-Novelle, die sich auf die höheren Postbeamten bezieht, angenommen, obwohl die Regierung wiederholt gebeten hatte, es bei den Aenderungen des Entwurfes bewenden zu lassen. Weiter wurde die Erhöhung der Gehälter der Deckoffiziere entsprechend der Regierungsvorlage und der Rest der Vorlage unverändert angenommen.

Ausland.

Der tote Calmette als Ministerstürzer.

Marineminister Monis hat nun auch demissioniert. Mit der Leitung des Marineministeriums ist interimistisch Kolonialminister Lebrun betraut worden. Herr Monis scheint nun doch erkannt zu haben, was sich jedem unparteiischen Beobachter und Beurteiler der Lage aufdrängt, daß es nämlich aufsässig wäre, wenn er, noch im Besitz seines Ministerportefeuilles, vor dem Rochette-Untersuchungsausschuß der Kammer zu erscheinen hätte. Man darf wohl annehmen, daß auf ihn ein sanfter Druck ausgeübt wurde, um ihn zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen. Ob Herr Monis wirklich versucht hat, auf den Generalstaatsanwalt Fabre einzuwirken, um einen Schwindler zu retten, oder ob der Staatsanwalt Fabre einen ganz normalen Befehl falsch verstanden hat, das ist vorläufig nicht klar zu stellen. Beide Teile machen einen schlechten und unsicheren Eindruck. Als Monis in der Kammersitzung vom Dienstag bestritt, auf Fabre eingewirkt zu haben, fiel allen auf, wie zögernd und unklar dieses „Nein" herauskam. Und andererseits widerspricht sich der Generalstaatsanwalt Fabre in seinen Aussagen fortwährend.

Wittes Bündnisidee und Kaiser Wilhelm. Ein ungenannter „hoher Staatswürdenträger", in dem Graf Witte nicht schwer zu erkennen ist, erklärte einem Mitarbeiter der Nowoje Wremja, er habe zweimal mit Kaiser Wilhelm über das Projekt eines russisch-deutsch-französischen Bündnisses gesprochen, das erstemal beim Besuch des Kaisers Wilhelm in Petersburg. Der Kaiser habe erklärt, er wolle vor allem gute Beziehungen zu England aufrechterhalten. Die Hauptgefahr bilde Amerika. Das zweitemal sprach Witte nach dem Abschluß des Friedens von Portsmouth mit dem Kaiser darüber. Der Kaiser war diesmal für die Bündnisidee, meinte aber, Frankreich müßte dazu von Rußland gezwungen werden, womit Witte nicht einverstanden war. Witte hoffte trotzdem, seinen Gedanken zu verwirklichen. Iswolski schloß aber das Abkommen mit England ab. An den von der Nowoje Wremja prophezeiten Zerfall Oesterreichs glaubt Witte nicht.

Die Mobilisierung der Ulster-Leute. Im englischen Parlament hat Mittwoch die entscheidende Debatte über das Homerulegesetz stattgefunden. Die Behörden befürchten Rebellionsversuche in Ulster. Um solchen vorzubeugen, wur-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140320011/fragment/page=0003

den alle Garnisonen in Ulster angewiesen, die Wachen vor ihren Waffen- und Munitionsmagazinen zu verdoppeln. Auch die Wache des Schlosses von Belfast ist durch eine Abteilung des Norfolkregiments verstärkt worden. Spät abends wurde am Mittwoch berichtet, daß aus der Kaserne des Enistillenregiments in Belfast eine große Quantität von Waffen und Munition spurlos verschwunden sei. Der „Times" wird von Washington aus gemeldet, daß es auch unter den Irländern in Amerika gewaltig gärt. Man bereitet eine Demonstration gegen Wilson vor, den man beschuldigt, mit England zu liebäugeln. Sollte die englische Regierung sich den Ulster-Leuten allzugefügig zeigen, so dürften die irländischen Amerikaner dort den alten Haß gegen England aufs neue entflammen, um dadurch einen Druck zugunsten ihrer Landsleute auszuüben.

Halle und Umgebung.

Halle, 20. März.

Preisausschreiben der juristischen Fakultät.

Der juristischen Fakultät der Universität Halle wurde von einem Doktor dieser Fakultät der Betrag von 1000 Mark für eine Preisaufgabe zur Verfügung gestellt.

Die juristische Fakultät schreibt diesen Preis aus für die beste Bearbeitung folgenden Themas: Das Recht der deutschen Kaufmannsgilden. Verlangt wird eine eingehende quellenmäßige Darstellung des gesamten Rechtes der deutschen Kaufmannsgilden des Mittelalters und der Neuzeit, öffentlichen und Privatrechtes, Stadt- und Landrechtes, sowie namentlich des von den Gilden selbst ausgebildeten Rechtes. Unerläßlich ist die Heranziehung handschriftlichen Quellenmaterials in größerem Umfange.

Für die Bewerbung an diesem Preisausschreiben gelten folgende Bestimmungen:

1. Zur Preisbewerbung werden nur von Reichsdeutschen in deutscher Sprache geschriebene Abhandlungen zugelassen.
2. Die Frist zur Ablieferung endet am 1. Oktober 1915.
3. Die Bewerbungsschriften sind an das Dekanat der juristischen Fakultät der Universität Halle zu richten.
4. Jede Arbeit ist mit einem Kennwort zu versehen. Name und Adresse des Verfassers dürfen nur in geschlossenem, mit dem gleichen Kennwort überschriebenen Umschlag beigefügt werden.
5. Ueber die Zuerkennung des Preises entscheidet die juristische Fakultät der Universität Halle.
6. Es wird nur ein Preis im Betrage von 1000 Mk. verliehen. Die Verkündung des Preises erfolgt am 27. Januar 1916 bei der Feier zu Ehren des Geburtsfestes des Kaisers.
7. Die mit dem Preise ausgezeichnete Arbeit ist in Druck zu legen.

Der Preis wird nach erfolgter Drucklegung ausgezahlt. Der Verfasser ist verpflichtet, drei Exemplare der Arbeit der juristischen Fakultät der Universität Halle, und zwar eins für den Stifter des Preises, die beiden anderen für die Universitäts- und Seminarbibliothek abzuliefern.

Der Provinzausschuß der Roten Kreuz-Sammlung 1914 wird demnächst zur Besprechung der erforderlichen Maßnahmen in den einzelnen Regierungsbezirken unserer Provinz Versammlungen abhalten. Die erste dieser Veranstaltungen findet für den Regierungsbezirk Magdeburg am 25. März nachmittags 12½ Uhr im Oberpräsidium zu Magdeburg statt. Der Geschäftsführer des Hauptvereins der Vaterländischen Frauenvereine, Oberstabsarzt a. D. Dr. Friedheim, wird einleitend über „Deutsche Männer und Frauen and das Rote Kreuz" sprechen. Für den Regierungsbezirk Merseburg tagt der Provinzialausschuß zu Halle im Saale der Stadtverordneten am 26. März nachmittags 4 Uhr; auch hier wird Dr. Friedheim über die Aufgaben des Roten Kreuzes sprechen. Für Erfurt ist der 31. März mit einer einleitenden Ansprache des Generalarztes Dr. Werner vom Zentralkomitee des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz in Berlin in Aussicht genommen.

Wie bereits bekannt, soll in unserer Provinz am 10. Mai, dem Gedenktage des Frankfurter Friedens 1871, die Rote Kreuz-Sammlung mit einem Blumentage eingeleitet werden. Die Sammlung, deren Ertrag lediglich den Kriegsvorbereitungen der freiwilligen Krankenpflege des Roten Kreuzes dienen soll, wird, wie das Zentralkomitee mitteilt, in den einzelnen Bundesstaaten selbständig in der Zeit vom 10. Mai bis zum 1. Dezember d. J. durchgeführt und durch besondere Landes- und Provinzialausschüsse bis zu den Bezirks- und Ortsvereinen herab geleitet. Der Ertrag verbleibt den Landesvereinen, nur wird zur Gründung eines Marinefonds beim deutschen Zentralkomitee eine kleine Abgabe von der Gesamteinnahme erbeten werden. Die Gelder sollen vermandt werden: 1. um dem Mangel an geschulten Etappenpflegern abzuhelfen; 2. um die bestehenden Schwesternschaften zu verstärken und neue zu gründen, damit im Etappengebiet über eine größere Anzahl von Berufsschwestern verfügt werden kann; 3. um diejenigen nötigen Verbandmittel und Geräte bereits im Frieden niederlegen zu können, die im Kriegsfalle schwer zu beschaffen sind.

Wer es weiß, wie überaus wichtig ein geschultes Krankenpflegepersonal im Falle eines Feldzuges ist, um Tausenden von Verwundeten, die sonst dem Siechtum oder dem Tode geweiht wären, zur schnellen Unterbringung und Pflege und damit zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu verhelfen, der wird das tatkräftige Vorgehen des Roten Kreuzes dankbar begrüßen und seinen freiwilligen Wehrbeitrag gern spenden, der ja schließlich ihm und seiner Familie zugute kommt.

Dem Kurator der Universität Halle, Herrn Geh. Oberregierungsrat Dr. Meyer in Halle, ist vom König die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Komturzeichens zweiter Klasse des Herzoglich Anhaltischen Hausordens Albrecht des Bären, ebenso dem zweiten Domprediger und Privatdozenten an der Universität, Herrn Prof. D. Lang in Halle, die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Fürstlich Lippischen Leopoldsordens dritter Klasse erteilt worden.

Teenachmittag des Vereins für verbesserte Frauenkleidung. Am Donnerstag, den 12. März, fand in der „Tulpe" der erste Teenachmittag des Vereins für verbesserte Frauenkleidung statt. Mitglieder waren sehr zahlreich erschienen. Da an den Teenachmittagen Vorträge die Vereinssachen betreffend mit solchen unterhaltender Art abwechseln, hatte Herr Privatdozent Dr. Kahle es in liebenswürdiger Weise übernommen, über „Die orientalische Kunst, Märchen zu erzählen," zu sprechen. — Die Anwesenden wurden auch auf die vom 22. bis 25. März im Restaurant St. Nikolaus (dritter Eingang) stattfindende Ausstellung des Vereins hingewiesen. Es werden Kleider, Kinderkleider, Leibwäsche, Spitzen und Schmuckgegenstände ausgestellt werden. Die Ausstellung ist von 9 bis 8 Uhr geöffnet, der Eintritt kostet 20 Pfg. Am 24. abends 8¼ Uhr findet im Ausstellungslokal ein Vortrag mit Lichtbildern von Frau Schmidt, Leipzig, über „Die Linie in Körperform, Haltung und Kleidung der Frau" statt. Eintritt frei.

Der 4. Kommunale Bezirksverein hat seine Monatsversammlung am Dienstag abend 8½ Uhr im Hotel „Rotes Roß", Leipzigerstraße 76, mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Fluchtlinienfestsetzung Ecke Rathaus- Kleine Steinstraße. 3. Endergebnis des diesjährigen Etats. 4. Sonstiges. — Gäste sind willkommen.

Christlicher Verein junger Männer. Am nächsten Sonntag abend 8 Uhr wird Herr Leutnant v. Koeller-Kapstadt einen Vortrag mit Lichtbildern halten über das Thema: „Deutsch-Südwestafrika und die Schutztruppe". — Jeder junge Mann ist eingeladen.

Religiöser Vortrag. „Wozu brauchen wir Kraft?" lautet das Thema, über das u. a. Herr Evangelist Röhrich aus Halberstadt am Sonntag, den 22. d. M., abends 8½ Uhr, im Gemeinschaftshause, Margaretenstraße 5, sprechen wird. Der Zutritt ist frei.

Der Französische Jünglingsverein an St. Ulrich (Leiter: P. Heintke) unternimmt am Sonnabend abend ½9 Uhr vom Hettstedter Bahnhof aus eine Wanderung und Frühlingsfeier. Turnen fällt aus.

Eisenbahnunfall. Gestern mittag zwischen 1 und 2 Uhr entgleiste auf dem Eilgutbahnhofe eine Rangiermaschine aus noch nicht aufgeklärter Ursache beim Befahren einer Weiche, wobei der Rangierführer K. verletzt wurde.

Ein unangenehmer Passagier. Auf dem hiesigen Bahnhofe belästigte gestern nachmittag ein angetrunkener Mann, der nach Weißenfels fahren wollte, einen Bahnbeamten. Es kam zu Auseinandersetzungen und Tätlichkeiten, so daß der Bahnbeamte sich genötigt sah, polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Mit Mühe gelang es schließlich, den Widerstrebenden in den Zug zu bringen. Während der Fahrt versuchte er mehrfach, aus dem Zuge zu springen, weshalb es sich als nötig erwies, ihn während der ganzen Fahrt bis Weißenfels zu überwachen.

Kunst und Wissenschaft.

hz. **Naturwissenschaftliche Wanderversammlungen.** Der 19. Deutsche Geographentag wird in der Pfingstwoche (2. bis 5. Juni 1914) in Straßburg i. E. abgehalten werden. Als Hauptgegenstände für die Sitzungstage sind in Aussicht genommen: Neueste Forschungsreisen; Gebirgsbildung, Erdbeben; Landeskunde von Elsaß-Lothringen; Wanderungen der Naturvölker; Geographischer Unterricht. Eine geographische Ausstellung, die die Entwicklung der Kartographie von Elsaß-Lothringen veranschaulichen soll, wird in der Universitäts- und Landesbibliothek veranstaltet. Unter Professor Dr. Spahns Leitung wird eine Sonderausstellung historisch-statistischer Karten das deutsche Zeitungswesen von 1600 bis 1900 veranschaulichen. An die Sitzung werden sich Ausflüge in die interessantesten Gebiete der Vogesen und Lothringens anschließen. Der dritte internationale Kongreß für tropische Landwirtschaft wird vom 23. bis 30. Juni 1914 in London stattfinden. Die Leitung hat Professor Dr. Wyndam R. Dunstan übernommen.

Frau Professor Roscher †. In Leipzig ist die Witwe des berühmten Nationalökonomen Prof. Dr. Wilhelm Roscher, Frau Konstante Roscher, geb. Neuendorff, im Alter von 92 Jahren gestorben. Ihre Söhne sind der Philologe und Archäologe Prof. Dr. Wilhelm Roscher in Dresden und der Wirkliche Geheimrat und Ministerialdirektor im sächsischen Ministerium des Innern Dr. Karl Roscher. Ihr Schwiegersohn ist der Professor des Sanskrit an der Leipziger Universität, Geh. Rat Dr. Windisch.

Eine Bibliothek für 5 Millionen Frank erworben. Der amerikanische Sammler Huntington hat, wie ein Telegramm aus Newyork meldet, die prächtige Bibliothek des Herzogs von Devonshire in Chatsworth für einen Preis, der zwischen fünf bis achteinhalb Millionen schwanken soll, erworben. Eine Bestätigung der Nachricht liegt allerdings noch nicht vor.

Vermischtes.

Tödlicher Unfall des Leiters des Vesuv-Observatoriums.

Neapel, 19. März.

Professor Giuseppe Mercalli, der Direktor des Vesuv-Observatoriums, ist in seiner Wohnung zu Neapel als verkohlte Leiche im Bett aufgefunden worden, das durch eine umgestürzte Petroleumlampe in Brand gesetzt worden war. Offenbar war der Gelehrte während der Lektüre eingeschlafen und hatte die Lampe durch eine Bewegung umgerissen. Professor Mercalli war vor drei Jahren an die Spitze des Vesuv-Observatoriums als Nachfolger des bekannten Vesuvkenners Metouicci berufen worden, nachdem er vorher als Privatdozent für Seismologie an der Universität Neapel tätig war.

Selbstmord eines Dresdner Rechtsanwalts. In einer Felskluft des Stadtwaldes in Reichenbach (Böhmen) wurde der Dresdner Rechtsanwalt Kurt Geeßner vergiftet aufgefunden. Er hatte in sein Reisebuch eingeschrieben: Ich bitte, mich zu beerdigen, gleichgültig wo. Er führte etwa 100 Mk. sowie einige Giftflaschen mit sich.

Zu der Verhaftung des russischen Kapitäns Poljakow in Köln wird der „Köln. Ztg." gemeldet, daß jene drei Personen, welche Augenzeugen des Vorfalls gewesen sein wollen, die der Polizei gemachten, den Russen belastenden Angaben vor dem Untersuchungsrichter in vollem Umfange wiederholt haben. Der Beschuldigte ist nach seiner Vorführung unter Hinzuziehung eines Dolmetschers vernommen worden, wobei er zwar den ihm zur Last gelegten Diebstahlsversuch bestritten und dargelegt hat, daß bei den Zeugen ein Irrtum obwalten müsse. Er hat aber das Belastungsmaterial nicht auszuräumen vermocht. Dieses soll vielmehr so klar und deutlich gewesen sein, daß es jeden Zweifel ausgeschlossen habe und der Angeschuldigte als der Tat dringend verdächtig galt, so daß die Voraussetzung für den Erlaß des Haftbefehls vorhanden war. Die Mitteilung russischer Zeitungen, daß der Verhaftete von dem Kölner Untersuchungsrichter unwürdig behandelt worden sei, wird als unwahr bezeichnet und des weiteren in Abrede gestellt, daß er von dem Vorführungsrichter an der Absendung eines Telegramms an den russischen Marineattaché in Berlin verhindert worden sei. Wenn er einen solchen Antrag gestellt hätte, so würde man ihn auch gut geheißen haben, wie es wohl in jedem Falle Untersuchungsgefangenen gegenüber geschieht.

Die neuen türkischen Briefmarken, welche in einer Londoner Gravieranstalt hergestellt sind, gelangen jetzt zur Ausgabe. Die Marken haben ein gutes Aussehen und können einen Vergleich mit den schönsten europäischen Marken aushalten. Man hat mit dem Herkommen gebrochen und auch eine Briefmarke mit dem Bilde des Sultans geschmückt. Diese Marke ist gleichzeitig die teuerste unter den Marken der europäischen Staaten, denn sie hat einen Wert von 200 Piastern = 36 Mark. Die übrigen Markenserien zeigen in schöner Ausführung Bilder vom Bosporus, von der Ahmed-Moschee, von der Hauptstraße Konstantinopels und von den zerfallenen Ringmauertürmen.

Tragischer Tod eines Lokomotivführers. Bei Schneidemühl ist der Lokomotivführer Heister, als er sich, nachdem ihm der Sturm die Mütze wegtrug, hinausbeugte, auf das Gleis gestürzt und vom Zuge zermalmt worden.

Eisenbahnunfall. Ein Personenzug aus Görz stieß bei der Einfahrt in den Triester Bahnhof so heftig an einen Geleisabschluß, daß mehrere Personenwagen beschädigt wurden. 46 Reisende und drei Schaffner sind zumeist leicht verletzt worden.

Letzte Depeschen.

Der Dank des Kaisers und des Herzogs von Cumberland an den braunschweigischen Staatsminister.

Braunschweig, 19. März. Der Kaiser und der Herzog von Cumberland richteten in Erwiderung auf die ihnen vom herzoglichen Staatsministerium dargebrachten Glückwünsche zur Geburt des erbprinzlichen Enkelsohnes nachstehende Telegramme an den Staatsminister Wolff:

Berlin (Schloß), 18. März. Ich danke Ihnen und dem Staatsministerium für Ihren freundlichen Gruß. Mit dem ganzen braunschweigischen Lande freue ich mich, daß durch Gottes Gnade dem Fürstenhause ein junger Sproß erwachsen ist. Gott schütze ihn. gez. Wilhelm I. R."

Wien, 18. März. Die von Ihnen und dem Staatsministerium dargebrachten herzlichen Glück- und Segenswünsche zur Geburt des Erbprinzen haben die Herzogin und mich so erfreut. Wir danken Ihnen aus tiefbewegtem Herzen und erwidern die Wünsche für Sie und das ganze Land Braunschweig in der Hoffnung, daß Gottes Segen auf dem Volk und dem Fürstenhaus ruhen möge. gez. Ernst August.

Die Kaiserin in Berlin.

Berlin, 19. März.

Die Kaiserin ist heute 2.45 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen und wurde vom Kaiser empfangen Die Majestäten begaben sich ins Kgl. Schloß, wo sie die Glückwünsche der Gefolge und der Umgebung entgegennahmen. Die Rückkehr der Kaiserin nach Braunschweig erfolgte heute abend 6.54 Uhr.

Der Großherzog von Mecklenburg wieder genesen.

Neustrelitz, 19. März.

Ueber das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg werden, da sein Zustand zufriedenstellend ist, keine Krankheitsberichte mehr ausgegeben.

Asquith beim König.

London, 19. März.

Premierminister Asquith wurde heute vormittag vom König empfangen. Man glaubt, daß der Besuch mit der heutigen Homeruledebatte im Unterhause zusammenhängt.

Zu den polnischen Lärmszenen in der Moabiter Kirche.

Berlin, 19. März.

Im Zusammenhang mit den Polendemonstrationen in der St. Pauluskirche sind zwei der Rädelsführer verhaftet worden, während andere Beteiligte Berlin verlassen haben. Die Verhafteten werden wegen Verstoßes gegen den § 167 des Strafgesetzbuches angeklagt werden.

Zu der Dampferkollision in der Nordsee.

Bremen, 19. März.

Zu der Kollision des deutschen Dampfers „Kaiser Wilhelm der Große" mit einem Schoner wird noch mitgeteilt: Der Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große" stellte fest, daß sich die Mannschaft des Schoners beim Untergange des Schiffes nicht mehr an Bord befand. Nachdem der Schoner gesunken war, kehrte der Dampfer an die Unfallstelle zurück.

Die Mannschaft des „Balder" gerettet.

Cuxhaven, 19. März.

Die Mannschaft des englischen Schoners „Balder" ist nicht ertrunken, sondern von dem deutschen Schlepper „Vulkan" gerettet worden.

Tödlicher Fliegersturz in England.

London, 19. März.

Heute morgen ist der Leutnant Treeby bei einem Fluge über dem Flugfelde in der Grafschaft Salesbury tödlich verunglückt.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau,
Donnerstag, 19. März, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa

Das nordwestliche Tief hat sich wohl etwas südwärts ausgedehnt, ist uns jedoch nicht wesentlich näher gekommen, da vermutlich ein stärkerer Hochdruck im Osten vorherrschend ist. Die erwarteten Wettererscheinungen sind daher nicht eingetreten. Wir befinden uns im Grenzgebiet zwischen Hoch und Tief; ersteres dürfte im Laufe der nächsten Tage sich mehr geltend machen.

Witterungsaussicht für den 19. März:

Süd- bis Südwestwind, bewölkt, zeitweise aufheiternd, vorwiegend trocken, Temperatur normal.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140320011/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Provinzial-Nachrichten.

n. **Theißen,** 19. März. (Gemeindevertretung.) Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1914 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 104 500 Mk. festgesetzt. An Zuschlägen sollen 175 Prozent zur Einkommensteuer und 200 Prozent der Realsteuer erhoben werden. Es wurde noch die Pflasterung der Haupt- und Schulstraße beschlossen; die Fußsteige sollen Mosaikpflaster erhalten.

⚘ **Hettstedt,** 19. März. (Versetzung.) Herr Lehrer Robert Gentzsch, welcher seit dem 1. Oktober 1908 an hiesiger Schule amtiert, ist vom Magistrat zu Luckenwalde als Lehrer der dortigen Bürgerschule gewählt, wohin er zum 1. Juli dieses Jahres übersiedeln wird.

Heibra, 19. März. (Schachtunglück.) Auf dem Graf Wittthum-Schacht verunglückten vier Bergleute aus Klostermannsfeld. Sämtliche erlitten schwere Knochenbrüche, die die sofortige Ueberführung nach dem Hettstedter Knappschaftskrankenhause nötig machten. Das Unglück ereignete sich beim Einbauen im Schacht.

Liebenwerda, 19. März. (Erfolgreicher Beutezug.) In vergangener Nacht wurde in das Kolonialwarengeschäft von Max Bormann in der Bormannstraße ein Einbruchsdiebstahl verübt. Im ganzen erbeutete der Spitzbube ca. 1300 Mk. in bar. Der Dieb muß mit den örtlichen Verhältnissen genau vertraut gewesen sein.

Plessa (Torgau), 19. März. (Unter dem Verdacht) des Verbrechens gegen das keimende Leben wurde dieser Tage der Arbeiter Richter von hier verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis in Elsterwerda zugeführt. R. hat die Sache gewerbsmäßig betrieben. Bei sieben Frauen ist die Tat bereits nachgewiesen, doch zieht die Angelegenheit noch weitere Kreise um sich.

Wernigerode, 19. März. (1000 Mk. Belohnung) sichern die Gemeindevorstände von Altenrode und Darlingerode demjenigen zu, welcher die Person, die die vielen Brände in letzterer und früherer Zeit in den Gemeinden verursacht hat, dergestalt namhaft macht, daß ein gerichtliches Einschreiten möglich wird.

Bad Harzburg, 19. März. (Ein interessantes Tierdiebstahl) kann man jetzt täglich auf den Rabenklippen beobachten. Täglich abends gegen 6 Uhr kommen zwei starke Hirsche, ein Zwölfender-Kronenhirsch und ein Achtender, in Begleitung eines Wildschweines zur Futterstelle.

Rudolstadt, 18. März. (Die Flößerei auf der Saale) ist wieder im regsten Gange. Der hohe Wasserstand begünstigt eine rasche Abfahrt der Flöße.

Gernrode, 17. März. (Neubau des „Stubenberges".) In der Montagsitzung des anhaltischen Landtages lag folgender Antrag der Etatkommission zur Beschlußfassung vor: „Der Landtag wolle beschließen, dem von der Herzoglichen Staatsregierung vorgelegten Projekte des Neubaues des Gasthauses auf dem Stubenberge mit der Maßgabe seine Zustimmung zu erteilen, daß die Bausumme von 200 000 Mark nicht überschritten wird." Wie gemeldet wird, gestaltete sich die Debatte hierüber sehr lebhaft, einzelne Redner hatten Bedenken, daß man mit der Summe nicht auskommen würde, andere wünschten, daß man von einem Luxusbau absehen möge, auch wurde erwähnt, daß man mit dem Projekt keine Ueberschüsse erzielen werde, sondern jedenfalls alle Jahre ein paar tausend Mark zuschießen müsse. Nachdem Staatsminister Dr. Laue und Regierungs- und Baurat Teichmüller die geäußerten Bedenken zerstreut und auch Bürgermeister Schröder-Gernrode für das Projekt eingetreten war, wurde dasselbe mit 25 gegen 5 Stimmen angenommen.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.".)

3 Uhr 10 Minuten. Diskonto 197,12, Deutsche Bank 259,25, Türkenlose 168,75, Lombarden 21,87, Kanada 214,50, Laurahütte 154,75, Bochumer Guss 223,87, Gelsenkirchen 193,25, Harpener 184,25, Deutsch-Luxemburg 134,12, Phönix 239,87, A. E.-G. 247,25, Hamburger Paketfahrt 142,12, Nordd. Lloyd 124,12, Hansa 288,12.

Am Kassamarkt notierten höher: Deutsche Gussstahlkugeln 2,25, Dürener Metall 2,50, Grevenbroich Maschinen 2, Hallische Maschinen 4, Hein, Lehmann 5, Max Jüdel & Rhein. Metall Vorzugsaktien 2, Glauzig Zucker 2,50, Deutsche Gasglühlicht 7, Deutsche Spiegelglas 5, Lüneburger Wachsbleiche 2, Schalker Glas 3, Höxter Zement 2,50, „Mark" Zement 2, Hackethal Kabel 3,50, Berliner Jutespinnerei 2, Lindener Weberei 3, Anilinfabrik Treptow 4, Albert chem. Fabrik 3, Badische Anilin 4, Höchster Farben 5, Grube Eintracht 2, Geisweider Eisen 3, Hubertus Braunkohlen 2, Rhein. Braunkohlen 2, Exzelsior Fahrrad 2,50, Löwe & Co. 2, Plauener Tüll 2,25, Naphtha 5,25; niedriger: Stöwer 3, Jülicher Zucker 3, Deutsche Waffenfabrik 2,25, Rauchwaren Walter 2, Wernshausen Kpinnerei 3,50, Nitritfabrik 2,50, Thale St.-Pr. 2,50, Königsborn 2, Roddergrube 3, Braunschweig Kohlen 2,75, Thörls Oelfabrik 3,75, Ilse 2, Westfäl. Stahlröhren 2, Girmes 2,25, Kahla 2.

Reichsbank. Nach einem Zwischenausweis vom 17. März einschliesslich haben seit dem 14. d. M. die Anlagen bei der Reichsbank um 28 Mill. Mk. abgenommen. Die Barmittel erfuhren dagegen eine Zunahme um 33 Mill. Mk., die fremden Gelder eine solche um 35 Mill. Mk. Der Betrag der ungedeckten Baknoten stellte sich am 17. d. M. einschliesslich auf 55 Mill. Mk. gegen 468 Mill. Mk. am gleichen Tage des Vorjahres. Das Institut stand also am 17. d. M. um 413 Mill. Mk. günstiger da als zur gleichen Vorjahrszeit. Bei Abschluss des letzten Wochenausweises betrug die Besserung rund 443 Mill. Mk., es ist also ein kleiner Rückgang der Besserung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen.

Zum Kurszettel. Berlin, 19 März. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 96,60 G. 4% Bayrische Staats-Anl. 97,50bG. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 97,50bG. 4% Schwarzburg-Sondershausen — — 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 — —. 4% Kameruner Eisenbahn-Anleihe — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schutztruppenanl. gar. 91,10 G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96,75G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 94,80G. 4% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,25 G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1909 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1914 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 06, 09 — 4,25 G. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 97,10 G. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 kons. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. I,II 101,70bB. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 00, 03 97,20 G. Vereinigte Lausitzer Glashütten 355,00bG.

Londoner Börse vom 19. März. Es notierten: Engl. Konsols 74 1/16, Rio Tinto 76,37, Geduld 1,21, Goldfields 2 7/16, Steel com 61,50, Steel prefs. —, Rand Mines 5,65, Anaconda 7,37, Eastrand 1,15, Aurora West 0,43, Cinderella Cons. 0,31, Johannesburg Goldfields 0,12, Van Ryn 3,45, Albus (Generals) 0,53, Rand Collieries 0,15, West Rand Consols 8/0, General Mining & Fin 9/16, A. Görz & Co. 5/16, Modderfontain 12,56.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 19. März.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	10800	11200	Johannashall	3700	3900
Bergmannssegen	6700	6850	Justus-Aktien	92%	94%
Burbach	12400	12800	Kaiseroda	7100	7300
Buttlar	650	800	Krügershall	120%	123%
Carlshund	5600	5800	Mariaglück	1450	1525
Carlsglück	1300	1375	Max	4200	4300
Fallersleben	1425	1500	Neusollstedt	3200	3350
Felseneist	3200	3350	Neustassfurt	12300	12500
Glückauf	19100	19600	Reichenhall	1750	1825
Günthershall	5150	5300	Ransbach	2600	2700
Hansa-Silberberg	5600	5700	Ronnenberg	94%	96%
Hedwig	1750	1825	Rothenberg	2550	2650
Heiligemühle	800	875	Salzdetfurth	348%	353%
Heiligenroda	11050	11300	Salzmünde	5900	6000
Heldburg	39%	40%	Teutonia	63%	65%
Heidrungen	1200	1275	Thüringen	3650	3725
Herta-Neurungen	2425	2525	Walter	1525	1600
Hohenfels	5500	5650	Wendland	900	975
Hohenzollern	7100	7300	Wilhelmshall	9300	9500
Hugo	9100	9400	Wintershall	19500	20000
Hüpstedt	2700	2850			

Kaliwerke Hattorf. Die Generalversammlung setzte die vom 1. April an zahlbare Dividende auf 8 Proz. fest und beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 Mill. Mk. auf 8 Mill. Mk. Die neuen Aktien sind vom 1. Januar 1914 ab dividendenberechtigt. Sie werden von dem Bankhaus Laupenmühlen & Co. zu 110 Proz. übernommen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Das Bankhaus übernimmt gleichzeitig je 1¾ Mill. Mk. Anleihen der Tochtergesellschaften von Hattorf, Ransbach und Heimboldhausen zu je 90 Proz. Hiermit sei der Geldbedarf des Unternehmens für alle Fälle gedeckt.

Die Kalibohrungen in Lippe-Detmold, die nach einem Staatsvertrag mit der Bankfirma Gumpel (Hannover) von dieser ausgeführt werden, sind nach einer Mitteilung der Regierung in der Landtagssitzung ohne Erfolg geblieben. Die Bohrungen sind nach mehrjährigen grossen Opfern eingestellt worden.

Bindungsakiton der Kali-Industrie. Die Bindungskommission des Kalisyndikats hat bei der Verhandlung am Mittwoch den Erfolg erzielt, dass die elsässische Gruppe des Wintershall-Konzerns sich bereit erklärt hat, für die in Elsass begonnenen weiteren Anlagen ohne Sondervorteile der Bindung beizutreten. Ferner wurde mit dem Vertreter des anhaltischen Fiskus, Präsident Lange, verhandelt. Diese Verhandlungen haben jedoch weder für die im anhaltischen Staat direkt vertretenen Anlagen noch für diejenigen, in denen Anhalt Einfluss besitzt, einen positiven Erfolg für die Industrie erzielt. Anscheinend glaubt Anhalt, bei der Gesetznovelle besondere Vorteile zu erzielen. Dem dürften jedoch sowohl Bundesrat wie Reichstag entgegentreten.

Die Thüringer Kreditanstalt, Akt.-Ges. in Eisenach, blickt auf ein recht ungünstiges Jahr zurück. Die wirklichen Verluste, einschliesslich der Abschreibungen für übernommene Bankgeschäfte, beziffern sich auf 98 460,10 Mk. Für weitere noch in Aussicht stehende Verluste sind 233 500 Mk. in Reserve gestellt. Die Bilanz für 1913 ergibt einen Verlust von 195 692 Mk. Zur teilweisen Deckung der Verluste sollen die Reservefonds in Höhe von 70 000 Mk. verwendet werden. Die Filiale Mühlhausen i. Th. wird aufgelöst. Die Thüringer Kreditanstalt glaubt sich durch die Massnahmen einiger ausgeschiedener Beamten, welche eine Beunruhigung in die Kreise der Aktionäre, der Kundschaft und des Publikums getragen und die gesamten Kreditquellen erschüttert haben, arg geschädigt. Sie hofft aber, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Akt.-Ges. in Niedersedlitz. Der Aufsichtsrat schlägt 7 (6) Proz. Dividende vor nach 255 745 (175 497) Mk. Abschreibungen, 370 000 (225 426) Mk. Rücklagen und bei 94 387 (92 268) Mk. Vortrag.

Dividendenerhöhung bei der Braunkohlen- und Brikett-A.-G. „Roddergrube". In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, bei verstärkten Abschreibungen eine Dividende von 15 (12) Proz. vorzuschlagen.

Düngerexport-Akt.-Ges. in Dresden. Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung die Verteilung von wieder 8½ Proz. Dividende vor.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 19 März. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 188,00—192,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 153.00 — — ab Bahn u. frei Mühle, Hafer, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer loco 167—182, mittel 151—166, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — ab Bahn und frei Wagen, Mais, amerik. mix. — — — —, abfall. mix. — — — —, runder 147—150 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 142—147, gute 148.00—156.00, russische und Donau leichte 133—135, schwere 136.00—142.00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 172—180, Taubenerbsen 181—200 ab Bahn u. frei Wagen, Weizenmehl 00 22.00 27.25. Roggenmehl 0 und 1 18.70—21.20. Weizenkleie 11.00—11.50. Roggenkleie 9.90—10.40. Lupinen, blaue — — , gelbe — — —. Wicken — — Seradella 11 — M.

Magdeburg, 17. März. (Amtl. Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, engl und Sommer- stetig, gut 189—191. Roggen inländischer matt, gut 151—153 Gerste, hiesige Chevalierruhig, gut 167—170, feinste über Notiz, Land- gut 162—163, ausländische Futtergerste ruhig, gut 130—132. Hafer, inländ still, gut 163—165. Mais, runder ruhig gut 145—147.

Hamburg, 19. März. (Getreidemarkt). Weizen stetig ostholsteiner und mecklenburger 189—196,00. Roggen ruhig mecklenburg. u. altmärk, neuer 154—158.00, russ. cif. 9 Pud 101/5 März-April 116.00. Gerste stetig, südruss. cif. März 111.50. Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 155—162. Mais stetig, amerikanisch. mixed cif. per März-April —, La Plata cif. neue Ernte April-Mai 104.00.

Budapest, 19. März. Weizen, Tendenz fest, per April 12.41 Mai 12.31, Oktbr. 11.20. Roggen, Tendenz ruhig, per April 9,52, Oktbr. 8.61. Hafer, Tendenz fest, per April 7.56, Oktober 7,73. Mais, Tendenz stetig, per Mai 6 69, Juli 6.82. Raps, Tendenz ruhig, August 15.80

Antwerpen, 19. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt: per März 6.55, April 6.50, Mai 6.47½, Juni 6,45, Juli 6.40. Umsatz 70 000 kg. Tendenz: ruhig.

Liverpool, 19. März. Ruhig Roter Winterweizen per Mai 7—3, per Juli 7—2⅞. Mais ruhig. La Plata, alte Ernte, März — —, bunter amerik., neue Ernte, Juli 4—8⅝.

Kaffee.

Hamburg, 19. März. Godo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	46.00 G.	45.5. G.	45.50 G.
„ Mai	46.25 G.	46.25 G.	46.00 G.
„ September	47.50 G.	47.25 G.	47.00 G.
„ Dezember	48.25 G.	47.75 G.	47.75 G.
	stetig	behpt.	ruhig

Havre, 19. März. Kaffee good average Santos per März 57.00, per Mai 57.25, per Sept. 58.25, Dez. 58.75. Stetig.

Rio de Janeiro, 19. März. Kaffee-Zufuhren 7000 Sack in Rio, 14000 Sack in Santos.

Zucker.

Magdeburg, 19. März. Abend-Kurse. März 9.17½, April 9.20, Mai 9.27½, August 9.50, Oktbr.-Dezbr. 9.52½, Januar-März 9.67½. Tendenz ruhig, stetig.

Hamburg, 19. März. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per März	9.17½	9.17½	9.15 M.
„ April	9.17½	9.17½	9.17½ „
„ Mai	9.27½	9.27½	9.30 „
„ August	9.50	9.56	9.52½ „
„ Okt.-Dez.	9.50	9.50	9.50 „
„ Jan.-März	—.—	—.—	—.— „
	ruhig	ruhig	behpt.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 19. März. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.25—18.75.

Eier.

Berlin, 19. März. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten — — —, südruss. erste Sorten 3.80—3.90 M., in- und ausländ. bessere Sorten 3.55—4.00, in- und ausländische geringere Sorten 3.45—3 50, Kalkeier — — —, kleine Eier 3.10—3 35, Kühlhauseier — —. Tendenz: ruhig.

Fettwaren und Oele.

Köln, 19. März. Rüböl per loko 71.50, per Mai 70.50.

Hamburg, 19. März. Stadtschmalz 62,50, amerikan. Steam 53.50, Chamberlain 55,25. Tendenz stetig.

Spiritus.

Nordhausen, 19. März. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (103 bis 106 l) 92.50—93.50 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Chemische Produkte.

Hamburg, 19. März. Chilisalpeter per loko 10.35, Febr.-März 10.25, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: stetig.

Wolle.

Bremen, 19. März. Baumwolle Upl. loko middl. 64.50.

Liverpool, 19. März. Aegypt. Baumwolle per Mai 8.97.

Liverpool, 19. März. Baumwolle, Umsatz 8000 Ballen, Import 12 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 8 000 Ballen.

Alexandria, 19. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 17.13, Juli 17.18, Novbr. 17.24.

Metalle.

London, 19. März. Chili-Kupfer, k. stetig, 64½, 3 M. 65½, Zinn, Straits, k. stetig 173¾, 3 M. 175¾, Blei span., flau 19¼, engl. 20, Zink, gew. Marke, ruhig 21½, spez. Marke 22¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	19. 3.	18. 3.		19. 3.	18. 3.
Weizen p. Mai	102⅛	101⅝	Roggen loko	61	61
„ „ Juli	97⅞	97⅝	Schmalz p. Mai	10.85	10.85
Mais loko	72½	72⅛	„ „ Juli	11.05	11.00
Mehl Spring cl.	3.90	3.90	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	93⅞	93⅛	do. in Stand. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	89	88⅝	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	68⅞	68⅞	Kaffee loko	8⅝	8¾
„ „ Juli	69⅛	68½	„ p. März	8.21	8.43
Hafer p. Mai	40½	40	„ p. Mai	8.31	8.52
„ „ Juli	40⅞	40			

Tendenz: Weizen fest, Mais stramm.

Schiffsnachrichten

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr 32.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 21. März President Lincoln. 24. März Moltke. 26. März Kaiserin Auguste Viktoria. 2. April Imperator. 4. April Graf Waldersee. 9. April Amerika. 11. April Pretoria. 16. April President Grant. — Nach Boston (Mass.): 28. März Nicaria. 8. April Rhaetia. — Nach Philadelphia: 28. März Prinz Adalbert. 15. April Prinz Oskar. — Nach Baltimore: 27. März Bohemia. 11. April Bulgaria. — Nach New Orleans: 10. April Etruria. — Nach Savannah, Ga.: 28. März Schwarzenfelde. 2. April Hohenfelde. — Nach Westindien: 21. März Sachsenwald. 4. April Venetia. 6. April Spreewald. 7. April Grunewald. — Nach Mexiko und Cuba: 24. März Savoia. 28. März Ypiranga. — Nach Ostasien: 21. März Sambia. 30. März Goldenfels. 3. April Segovia. — Nach Wladiwostok: 25. März River Clyde. 30. März Ninive. 23. April Markomannia. — Arabisch-Persischer Dienst: 21. März Nicomedia. — Von Genua nach New York: 26. März Cincinnati. — Von Neapel nach New York: 27. März Cincinnati. — Von Genua nach New York: 4. April Cleveland. — Von Neapel nach New York: 6. April Cleveland.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.		Fall	Wuchs			Fall	Wuchs
Artern	18. März	+2,68	—	19. März	+2,74	—	6
Nebra, Oberpegel	„	+2,90	—	„	+2,94	—	4
„ Unterpegel	„	+2,84	—	„	+2,88	—	4
Weissenfels, Oberpegel	„	+3,04	—	„	+3,34	—	40
„ Unterpegel	„	+2,54	—	„	+2,12	—	58
Trotha	18.	+3,94	19.	„	+4,16	—	22
Alsleben, Oberpegel	17.	+3,30	18.	„	+3,08	22	—
„ Unterpegel	„	+3,08	—	„	+3,68	—	60
Bernburg	„	+3,16	—	„	+3,35	—	19
Calbe, Oberpegel	„	+2,48	—	„	+2,54	—	6
„ Unterpegel	„	+3,30	—	„	+3,50	—	20

Iser, Eger, Elbe, Moldau.		März	Fall	Wuchs		März	Fall	Wuchs
Jungbunzel	18.	+0,88	23	—	Wittenberg	19	+3,98	1	—
Laun	„	+2,60	—	34	Rosslau	„	+3,97	9	—
Budweis	„	+0,82	—	38	Berby	„	+4,36	5	—
Prag	19.	+1,98	—	32	Schönebeck	„	+4,08	20	—
Pardubitz	18.	+0,30	38	—	Magdeburg	„	+3,72	18	—
Brandeis	„	+2,04	—	12	Tangermde.	„	+4,50	6	—
Melnik	„	+2,24	—	32	Wittenberge	„	+4,50	4	—
Leitmeritz	19.	+2,51	—	21	Dömitz	18.	+4,00	—	10
Aussig	„	+3,20	—	31	Boizenburg	„	+3,86	—	25
Dresden	„	+1,53	—	35	Hohnstorf	19.	+4,00	—	18
Torgau	„	+3,62	—	8	Lauenburg	„	+4,05	—	19

Aussig, 19. März. Pegelstand +3.20 m. Vom Oberlauf werden 0.08 m Fall gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger, für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140320011/fragment/page=0005

Berliner Börse 19. März 1914

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

8 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.
8 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.
8 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85, — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3.20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4.20. — 1 Lstrl.: 20.40 M

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3⅝%

Nachdruck verboten.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.																																															
D. Rchs.-Sch.	a	4	100.00G	Magdeb. 91	a	4	97.60G	Serb. Gold-A.	f	4½	87.30G	Kostow-Wor.	a	4	85.25b	Fiebs. 31	v	4	95.25	do. Elbbuk. 2	d	*4½	—.—	Drtm. Union	O	25	438.00G	Dt. Kabelw.	1	8	137.50	Gbr. Körting	1	8	124.50bG	Schomb. & S.	O	12½	233.50G								
do. 1.4.15	d	4	100.00B	do. 1906	a	4	97.60G	do. am. Anl95	a	4	79.00bG	Kursk-Kiew	b	4	88.00B	do. S. 32,33	v	4	95.50C	do. do. 2	d	*4½	—.—	do. Victoria	O	7	121.60G	do. Kaliwerk.	1	10	148.75bG	Körtings El.	4	8	126.75G	Schönebeck	7	7	125.25bG								
do. 1.5.16	a	4	99.80G	do. 1902	d	4	97.00G	Siames. Anl.	c	4½	95.50b	Lodz. Fabr. B.	a	4	—.—	do. S. 23,26	v	3½	87.80G	do. Metall 5	d	4	94.00B	Düssld. Adler	O	6	95.00G	do. Lin. u. Wchs	1	6	129.75G	Emil Köster	4	11	146.75bG	Schöneb. Fr.	4	0	82.30G								
D. Rchs.-Anl.	v	4	98.50bG	do. 86-02	a	3½	92.60b	Türk. Adm. Anl	e	4	76.40G	Moskau Kas.	a	4½	93.75G	do. 17 18 24	v	3½	85.25G	Rh. Westf. El. 2	d	4½	96.25bG	Düss. Höfeib.	O	10	150.00b	do. Schachtb.	1	40	443.00bG	Kosth. Cell.	1	5	108.00bG	C. Schoening	5	9	122.00bG								
do. uk. 25	d	4	98.80bG	Mannh. 01 12	b	4	94.40G	do. Bagd. Anl.	c	4	78.40G	do. 1911	e	4½	93.75G	Pr. Kinb.-Ob.	a	4	93.50G	do. do. 2	d	4½	88.90G	Frankf. Henn.	O	7	124.00G	do. Spiegelgl.	1	20	275.00bG	Kronpr. Met.	1	20	263.00b	Schönw. Prz.	1	4	75.50G								
do. uk. 35 Inf.	c	4	99.00bG	Mind. 95/02	v	3½	—.—	do. do. 2	a	4	75.40G	do. 1915	a	4	85.50b	do. do.	a	3½	89.60G	do. Kalkw. 5	a	*4½	100.50G	Germn. Drtm.	O	9	137.75B	do. Steinzg.	1	16	230.60G	Gb. Krüg. & C.	1	12	148.10G	Herm. Schött	1	9	119.00bG								
do. do.	v	3½	86.20bG	Mülheim Rhr.	d	3½	89.25G	do. unif. 03	c	4	—.—	Mosk. Kiew W.	a	4½	93.75bG	do. KmOb. 67	a	4	96.25bG	Riebeck Mt. 2	b	4½	100.00G	Gevelsberg.	O	4	60.50b	do. Ton u. Stz	1	16	145.50G	Kruschwitz Z.	7	16	233.10b	Schftg. Huck	6½	9	93.00G								
do. do.	v	3	77.60G	München 94	v	3½	88.50bG	do. do. 05	c	4	73.00G	do. 1910	d	4½	93.75bG	do. Ser. 9, 10	a	4	96.25bG	Romb. Hütt. 3	a	*4½	100.25G	Gilden-Br.	O	0	66.50G	do. Waff. u. Mn	1	32	595.75bG	Kunz Treibr.	1	7	108.00G	Schub. & Slz	4	24	382.50bG								
				do. 01,06,07	d	4	97.25bG	do. do. 08	a	4	73.00G	do.	d	4½	85.20b	do. S. 11, 12	v	4	96.75G	Rybn. Steink.	a	*4½	—.—	Glückauf	O	8	123.00G	do. Wagg. Lh.	1	12½	208.50	Kupfw. Dtschl.	1	9	137.80G	Schuckert El.	8	8	149.75bG								